



Agnieszka Łada

DEUTSCH-POLNISCHES BAROMETER 2017

DIE HALTUNG DER POLEN
GEGENÜBER DER DEUTSCHEN
POLITIK UND DEN DEUTSCH -
POLNISCHEN BEZIEHUNGEN



AGNIESZKA ŁADA

DEUTSCH-POLNISCHES BAROMETER 2017

DIE HALTUNG DER POLEN
GEGENÜBER DER DEUTSCHEN
POLITIK UND DEN DEUTSCH-
POLNISCHEN BEZIEHUNGEN

Gemeinsames Projekt des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen.



„Deutsch-polnisches Barometer“ ist ein Projekt, dessen Ziel es ist, regelmäßig die Meinungen von Polen und Deutschen zu den deutsch-polnischen Beziehungen sowie den Herausforderungen, vor die die beiden Staaten gestellt sind, zu untersuchen und zu präsentieren.



Die Untersuchung wurde durchgeführt im Auftrag des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten von der GfK Polonia im Zeitraum 3.-8. März 2017 mit einer Stichprobe von 1000 Polen ab 15 Jahren.



Statistische Analyse: *Yuryi Taran*
Aus dem Polnischen: *Ulrich Räther*
Lektorat: *Thomas Behrens*

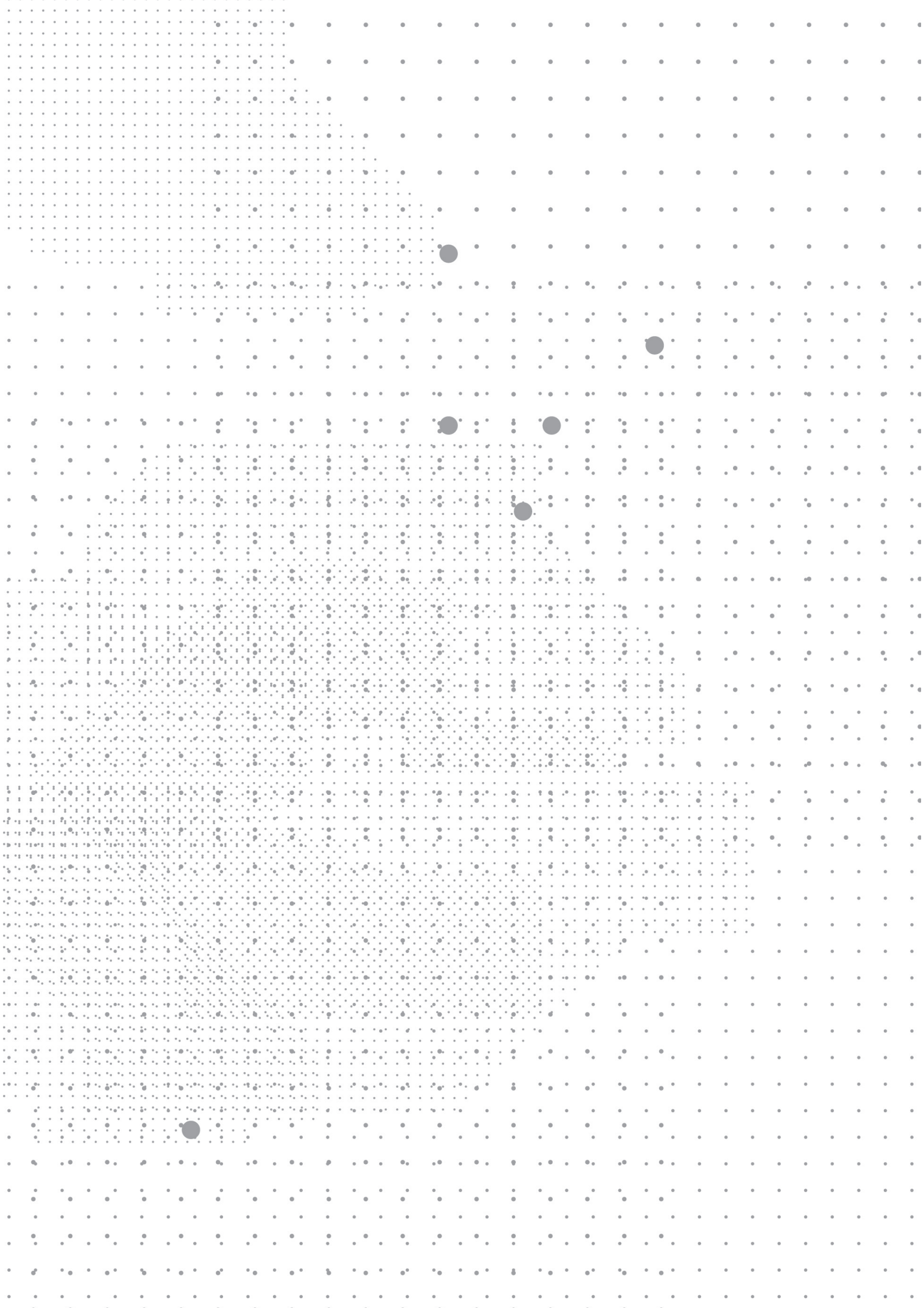
Copyright by Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2017

ISBN: 978-83-7689-279-5

Herausgeber:
Stiftung Institut für Öffentliche Angelegenheiten
PL-00-031 Warszawa, ul. Szpitalna 5/22
Tel.: (0048 22) 55 64 260, Fax: (0048 22) 55 64 262
E-Mail: isp@isp.org.pl, www.isp.org.pl



Schlussfolgerungen	5
Einleitung	9
Ansichten zur deutschen Europapolitik	13
Bewertung der gegenseitigen Beziehungen	17
Polens internationale Wunschpartner	27
Deutschland als Bedrohung	29
Kommentar	33
Zur Autorin	37

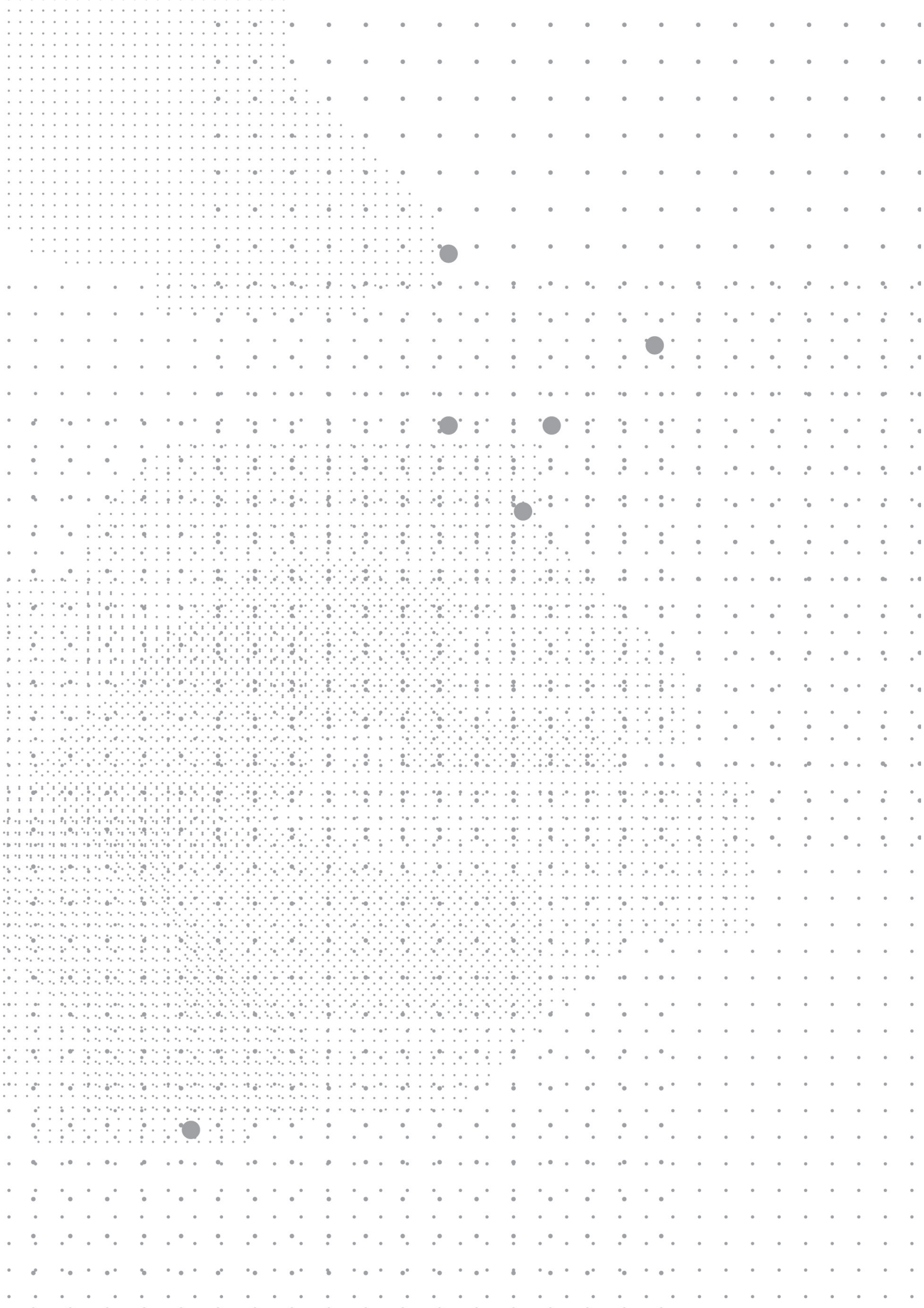




- ▶ Das Bild der Polen von Deutschland und den deutsch-polnischen Beziehungen ist seit Jahren positiv. Abgesehen von geringfügigen – allerdings innerhalb des Rahmens der statistischen Fehlertoleranz liegenden – Negativtendenzen, hat sich seit der Erhebung von 2015 an dieser überwiegend positiven Betrachtung wenig geändert. Gewachsen ist allerdings die Gruppe jener Befragten, die sich betreffend einzelner Fragen unentschieden äußern. Eine inzwischen stärkere antideutsche Rhetorik im öffentlichen politischen Diskurs könnte zu dieser Art Verunsicherung beigetragen haben.
- ▶ Bezüglich der deutschen Europapolitik überwiegen mehrheitlich die positiven Beurteilungen.
- ▶ Zwar ist immer noch eine Mehrheit der Polen (61%) der Meinung, dass Deutschland zur besseren Zusammenarbeit in Europa beiträgt; doch vor zwei Jahren lag dieser Wert noch bei 68 Prozent.
- ▶ Fast die Hälfte der befragten Polen (47%) findet, dass Deutschland bei der Durchsetzung seiner Interessen auch die Interessen anderer Länder berücksichtigt. Dagegen sind 37 Prozent der Befragten der Meinung, Deutschland agiere auf Kosten anderer Länder.
- ▶ Während der beiden vergangenen Jahre ist die Zahl derjenigen Polen, die die Ansicht vertreten, Deutschland trage zur Lösung der Krise in der Eurozone bei, von zwei Dritteln der Befragten (66%) auf nur noch gut die Hälfte (54%) gesunken.
- ▶ Das Thema Flüchtlingskrise betreffend sind die Polen gespalten. Die Gruppe der Polen, die der Meinung sind, Deutschland trage zu deren Lösung bei (41%), ist ähnlich groß wie die Gruppe derer, die finden, Deutschland verschärfe diese Krise (39%).
- ▶ Geteilter Meinung sind die Polen auch bezüglich der Frage, ob eine stärkere Position Deutschlands in Europa für Polen vorteilhaft wäre: 31 Prozent der Befragten sähen darin einen Vorteil für ihr Land, 21 Prozent einen Nachteil; 35 Prozent werteten dies weder als Vor- noch als Nachteil für Polen.
- ▶ Die Einschätzungen zum Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen bewegen sich in den letzten Jahren in etwa auf gleichbleibendem Niveau. Ähnlich wie in den Jahren 2015 und 2016 wird das bilaterale Verhältnis von fast zwei Dritteln der Polen (64%) als „gut“ bzw. „sehr gut“ bewertet, wenngleich dieser Wert seit 2016 um drei Prozentpunkte – also innerhalb des Rahmens der statistischen Fehlertoleranz – gesunken ist.

- ▶ Geteilter Meinung sind die Polen in der Frage, wer aus den gegenseitigen Beziehungen den größeren wirtschaftlichen Nutzen zieht. Die größte Gruppe (36%) ist diesbezüglich der Ansicht, dass beide Seiten gleichermaßen profitieren. Nicht viel kleiner (32%) ist die Gruppe derer, die glauben, Deutschland profitiere mehr. An dieser Stelle ist eine deutliche Veränderung im Vergleich zu 2015 zu verzeichnen, als noch 40 Prozent der Polen der Ansicht waren, die Vorteile lägen eher auf der deutschen Seite.
- ▶ In etwa gleich geblieben sind die Umfrageergebnisse bezüglich der Frage, ob Deutschland Polen als einen gleichberechtigten Partner in der Europäischen Union behandle. 47 Prozent der Befragten vertreten die Ansicht, dies sei „selten“ oder „nie“ der Fall, wohingegen 39 Prozent der Befragten meinen, Deutschland behandle Polen „oft“ bzw. „immer“ als gleichberechtigt.
- ▶ Als großes Problem innerhalb der deutsch-polnischen Beziehungen wird von den meisten Befragten (72%) allem voran die unterschiedliche Herangehensweise in der Flüchtlingsfrage wahrgenommen. Dicht dahinter folgen mit nur wenig Abstand die unterschiedlichen Haltungen zur Ostseepipeline Nord-Stream (69%) und die Kritik deutscher Medien sowie einiger deutscher Politiker gegenüber der polnischen PiS-Regierung, speziell an deren Umgang mit dem Verfassungsgericht und bezüglich anderer Beschneidungen des demokratischen Systems (68%).
- ▶ Die Mehrheit der Polen (58,5%) meint, die Beziehungen zu den Deutschen sollten von Zusammenarbeit und Kompromissfähigkeit geprägt sein. Andere hingegen halten stattdessen die harte Verteidigung eigener Interessen für angebracht (31,5%).
- ▶ Viele Polen sind seit Jahren der Meinung, dass Deutschland ein Land ist, mit dem Polen eng zusammenarbeiten sollte. In den vergangenen Jahren ist der Prozentanteil derer, die diese Ansicht teilen, allerdings leicht rückläufig und liegt gegenwärtig bei 43 Prozent.
- ▶ Zwei Drittel der Polen fühlen sich von Deutschland militärisch nicht bedroht. Ähnlich fällt das Umfrageergebnis anhand der Frage aus, ob von Deutschland eine politische Bedrohung für Polen ausgehe, wenngleich dieser Wert seit 2015 um vier Prozentpunkte gesunken ist: So verneinen dies heute 57 Prozent aller Befragten – statt zuvor 61 Prozent. Ein Drittel der Polen (33%) ist hingegen der Meinung, von deutscher Seite gehe durchaus eine politische Gefahr für Polen aus. Vergleichsweise viele Polen wiederum – wenngleich nach wie vor weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung – sehen in Deutschland eine wirtschaftliche Bedrohung für Polen (41%). Insgesamt allerdings ist das Gefühl einer Bedrohung durch den westlichen Nachbarn zurückgegangen.
- ▶ Seit Jahren sind die Einstellungen zu Deutschland und die Ansichten, die politischen Beziehungen zum Nachbarland betreffend, in der polnischen

Gesellschaft recht homogen verteilt. Weder Alter und Geschlecht der Befragten noch Größe und Region des Wohnortes sind von großer Signifikanz für dieses Problemfeld. Sogar die politische Parteipräferenz, entlang deren Linien die polnische Gesellschaft gegenwärtig stärker polarisiert ist als in früheren Jahren, spielt in diesem Fall keine bedeutende Rolle.





Die deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 2016 standen zunächst einmal im Zeichen der Feierlichkeiten des 25. Jubiläums der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Aus diesem Anlass fand auf verschiedenen Ebenen eine Vielzahl von Veranstaltungen statt. So trafen alleine die Präsidenten beider Staaten viermal sowie die beiden Regierungschefinnen dreimal zusammen, und auch bilaterale Regierungskonsultationen wurden abgehalten. Im Februar 2017 reiste Angela Merkel nach Warschau und traf dort nicht nur Premierministerin Beata Szydło, sondern auch den Vorsitzenden der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit, Jarosław Kaczyński, was von einem enormen Medieninteresse begleitet wurde. Viele Institutionen, Stadtverwaltungen und Einrichtungen organisierten darüber hinaus in den letzten Monaten kulturelle Veranstaltungen, Diskussionen und Austauschprogramme. All diese Begegnungen, die den Teilnehmern zum gegenseitigen Kennenlernen dienten, haben deutlich gemacht, wie sehr sich die deutsch-polnischen Beziehungen im letzten Vierteljahrhundert verändert haben und wie bedeutsam es zudem ist, dass auch Pläne im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit geschmiedet werden. Die zahlreichen Begegnungen schlugen sich aber zugleich auch in einer entsprechend breiten medialen Berichterstattung nieder, wodurch deutsch-polnische Themen einem großen Publikum präsentiert werden konnten.

Andererseits stand das Jahr 2016 aber zugleich im Zeichen der Neujustierung der politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern, weil es seitens der politischen Eliten galt, sich in Folge des Regierungswechsels in Polen neu kennenzulernen, Vertrauen aufzubauen und hinreichende Methoden der gemeinsamen Zusammenarbeit einzuüben. Bei einigen Themen unterschieden sich die Sichtweisen der polnischen und der deutschen Regierung erheblich voneinander, so etwa bei den Fragen nach einer angemessenen Reaktion auf den Flüchtlingszustrom nach Europa, nach der Zukunft der Europäischen Union oder nach der Bewertung der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Deutsche Medien und so mancher Politiker drückten zudem ihre Besorgnis über die Gefährdung der Demokratie in Polen aus, worauf sich einige Regierungsvertreter in Warschau mittels antideutscher Rhetorik sowohl über die deutsche Politik als auch über deutsche Investitionen in Polen negativ äußerten. Dennoch überstieg die deutsch-polnische Handelsbilanz im Jahr 2016 die Marke von 100 Milliarden Euro und auch bei den gegenseitigen Direktinvestitionen konnte ein erneuter

Anstieg verzeichnet werden.¹ Die polnische Gesellschaft wurde folglich mit sehr verschiedenen Eindrücken und Stimmen aus unterschiedlichen Bereichen der deutsch-polnischen Beziehungen konfrontiert.

Umso mehr lohnt sich nun ein Blick darauf, wie die Polen einzelne Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen und der deutschen Europapolitik beurteilen. Gerade in Zeiten einer hohen Polarisierung der politischen Meinungen und der Zuschreibung bestimmter Einstellungen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen ist es besonders wichtig, etwas darüber zu erfahren, wie diese Einstellungen tatsächlich entstehen; was den Menschen unverständlich ist, was ihnen Hoffnung gibt oder sie verunsichert. Daraus können sich wiederum Hinweise ergeben, wie man den Polen zum einen die Praxis der deutsch-polnischen Beziehungen verständlicher machen kann und wie zum anderen diese Beziehungen entsprechend der gesellschaftlichen Bedürfnisse weiterentwickelt werden könnten.

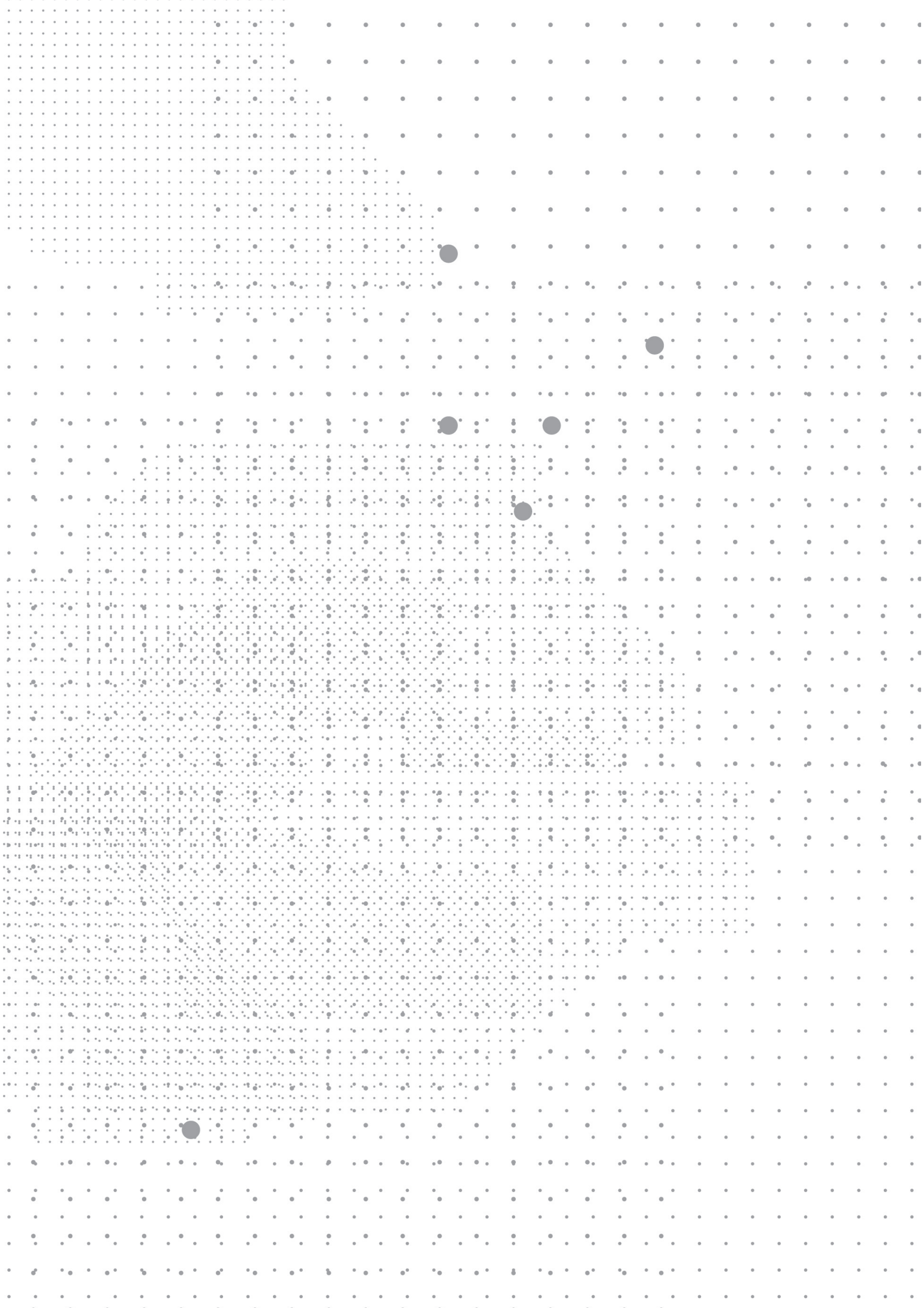
Genau dies sind die Ziele des seit Jahren vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten und der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam durchgeführten Projekts „Deutsch-Polnisches Barometer“. Hierbei geht es um die analytische Aufbereitung der Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur öffentlichen Meinung in Polen.² Die erste Umfrage dieser Reihe wurde im Jahr 2000 durchgeführt. In der Folgezeit wurde der Fragenkatalog im Wesentlichen beibehalten, wenngleich er punktuell und je nach Bedarf auch um einige neue Fragen ergänzt worden ist. Dieses Verfahren ermöglicht es, sowohl die Dynamik von Veränderung abzubilden, als auch bestimmte Tendenzen wahrzunehmen und daraus zu schließen, wie sich die aktuelle politische Situation in Polen auf die öffentliche Meinung auswirkt. Denn aktuelle Ereignisse und öffentliche Debatten haben zwar einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Ergebnisse von Meinungsumfragen, doch Veränderungen von Einstellungen vollziehen sich eher langsam. Das wiederholte Stellen ein und derselben Frage in einem Abstand von zwei bis drei Jahren (in manchen Fällen bisweilen auch jährlich) ermöglicht die Wahrnehmung prozesshafter Veränderungen. Allerdings kann die Situation eintreten, dass durch ein bestimmtes Ereignis im Moment der Datenerhebung ein starker Einfluss auf die Befragten ausgeübt wird. Für die Interpretation der hier vorliegenden Untersuchung war daher der genaue Zeitraum der einwöchigen Befragung (in diesem Fall: 3. bis 8. März 2017) sehr entscheidend. So fiel die Datenerhebung unbeabsichtigt zusammen mit dem Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel, bei welchem Donald Tusk für eine zweite Amtszeit als Vorsitzender des Europäischen Rates bestätigt wurde. Die Befragungen im Feld endeten kurz vor Beginn des Gipfels (8. März),

¹ Vgl. A. Łada, *Stabilizator. O znaczeniu gospodarki w obecnych relacjach polsko-niemieckich*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2017.

² Die Umfrage wurde vom Meinungsforschungsinstitut GfK Polonia im Auftrag des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten im Zeitraum vom 3. bis 8. März 2017 durchgeführt. Die Stichprobe umfasste eintausend Polen im Alter von über fünfzehn Jahren.

was bedeutet, dass die intensive Kommentierung der Rolle Deutschlands im Rahmen dieses Entscheidungsprozesses, der mit der Abstimmung am 9. März zu Ende ging, noch keinen wesentlichen Einfluss auf die Meinungen der Befragten haben konnte. Allerdings wurde bereits im Vorfeld des Gipfels, d.h. im Zeitraum der Befragung, in den Medien häufiger über die deutsche Europapolitik diskutiert als in den Wochen zuvor.

Im vorliegenden Text werden die Ergebnisse der aktuellen Befragung beschrieben, indem auf gegenseitige Bezüge hingewiesen wird und die neuen Resultate auch in den Kontext der Daten vorheriger Untersuchungen gestellt werden. Die Analyse schließt sowohl den Einfluss gesellschaftlich-demografischer Aspekte als auch politischer Parteipräferenzen auf die geäußerten Meinungen mit ein. Wie sich zeigt, gibt es allenfalls schwache Korrelationen zwischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Wohnort oder Parteipräferenz einerseits und bestimmten Meinungen zur deutschen Politik und den deutsch-polnischen Beziehungen andererseits. Daher werden diese Merkmale nur dort erwähnt, wo sie von statistischer Relevanz sind. Für die meisten Antworten der Befragten sind sie aber bedeutungslos und fließen daher nicht in die Beschreibung mit ein. Lediglich im Falle der Anhänger der Parteien Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) und Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) sind die Zahlen hinreichend signifikant, um im Kontext einiger Antworten in die statistische Analyse miteinbezogen zu werden. Im Schlussteil der Untersuchung werden sodann ausgewählte Ergebnisse der Analyse kommentiert.





Die Mehrheit der Polen (61%) ist der Meinung, Deutschland trage zur besseren Zusammenarbeit in Europa bei. Dieser Wert ist im Laufe der vergangenen zwei Jahre allerdings um sieben Prozentpunkte gefallen. Der aktuelle Wert entspricht in etwa Ergebnissen von Umfragen in den Jahren 2005 und 2008; seither ist bei diesem Wert ein stetiges Auf und Ab zu verzeichnen. Die Wechseldynamik scheint der Gesetzmäßigkeit eines Pendels zu unterliegen. Der relativ deutlichen Verringerung positiver Einschätzungen steht jedoch nur ein geringfügiger Anstieg der Anzahl von Polen gegenüber, die meinen, Deutschland trage zu Streitigkeiten und Spannungen in Europa bei (von 20% auf 22%). Vielmehr steigt der Anteil der in dieser Frage Unentschiedenen deutlich von 12 auf 17 Prozentpunkte.

Die Mehrheit der Polen ist der Meinung, Deutschland trage zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa bei

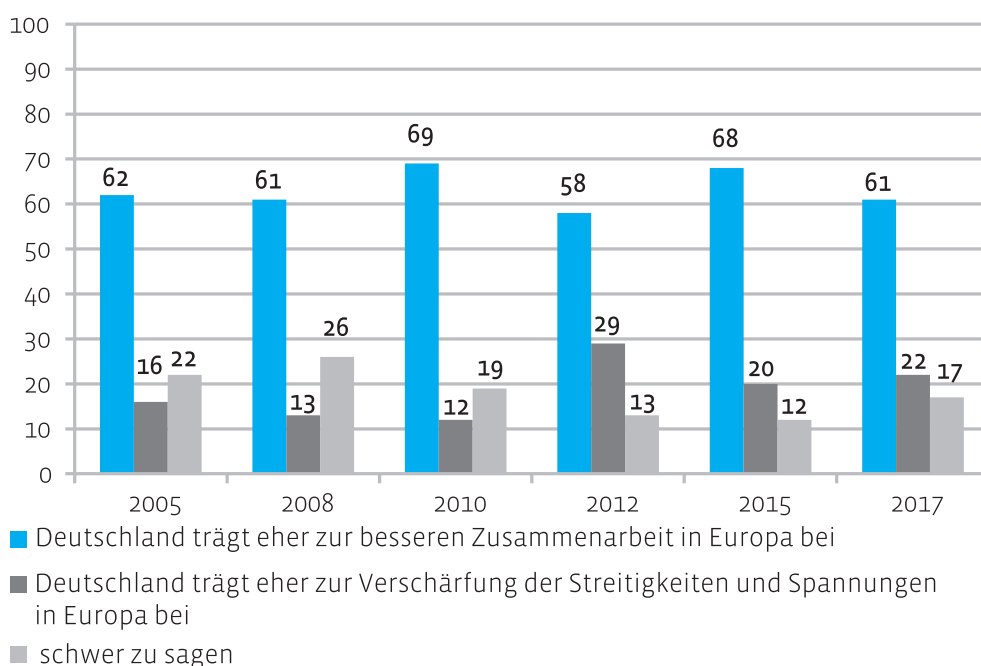


Abbildung 1. Trägt Deutschland zur besseren Zusammenarbeit oder zur Verschärfung der Streitigkeiten und Spannungen in Europa bei? (in %)

Quelle: Daten des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 2005, 2008, 2010, 2012, 2015, 2017.

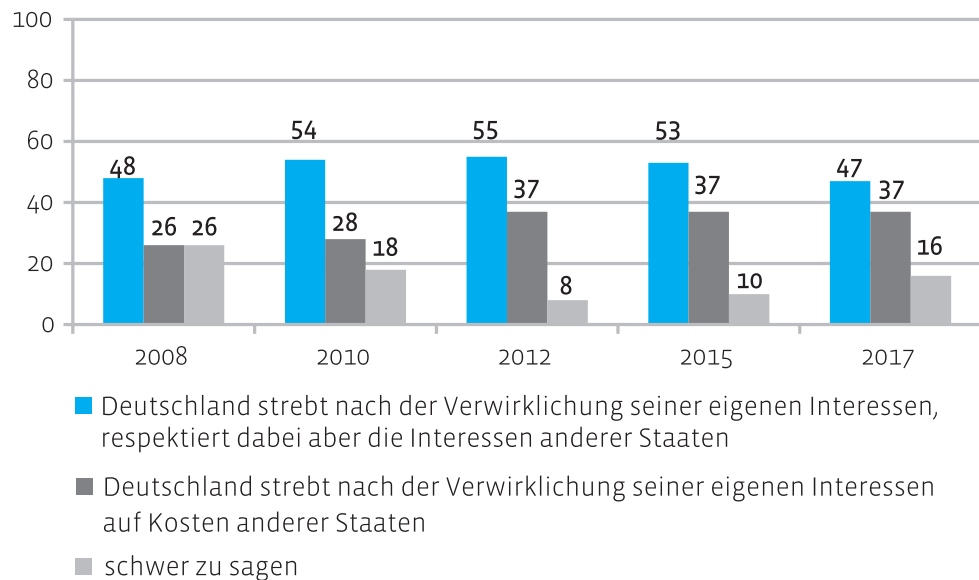
Größere Meinungsverschiedenheiten treten bezüglich der Frage auf, ob Deutschland bei der Verwirklichung seiner Interessen auf die Interessen anderer Staaten Rücksicht nimmt oder vielmehr auf Kosten anderer Staaten agiert. Knapp die Hälfte der befragten Polen (47%) ist der Ansicht, dass Deutschland die Interessen anderer Länder respektiert, während 37 Prozent der Überzeugung sind, es agiere auf Kosten anderer. Der zuletzt genannte Wert ist seit fünf Jahren unverändert. Der Rückgang der positiven

Knapp die Hälfte der befragten Polen meint, dass Deutschland bei der Durchsetzung seiner eigenen Interessen die Interessen anderer Länder respektiert

Meinungen ist vielmehr mit einem Anstieg des Anteils Unentschiedener (16%) verbunden.

Abbildung 2.
Strebt Deutschland nach der Verwirklichung seiner eigenen Interessen auf Kosten anderer Staaten oder nach der Verwirklichung seiner eigenen Interessen, respektiert dabei aber die Interessen anderer Staaten? (in %)

Quelle: Daten des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 2005, 2008, 2010, 2012, 2015, 2017.

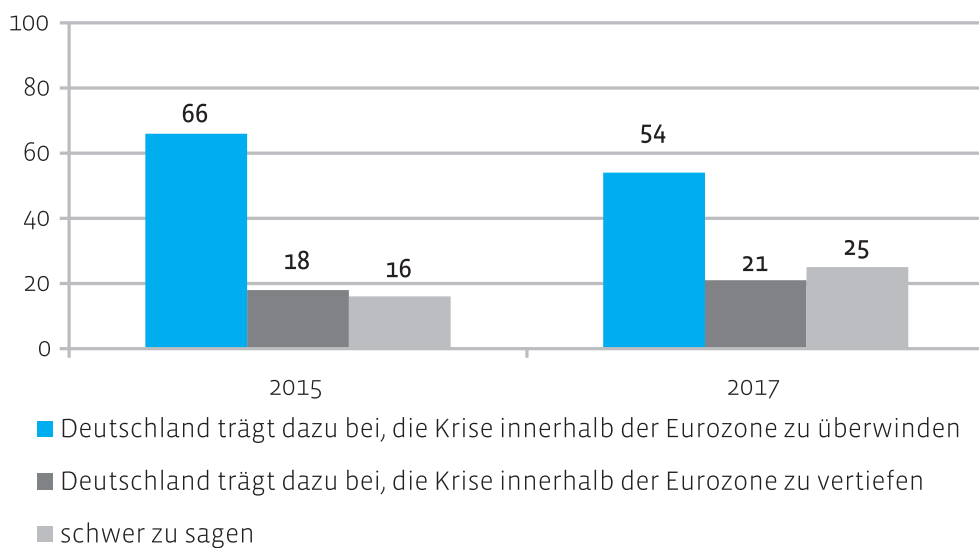


Im Laufe der vergangenen zwei Jahre ist ebenfalls der Anteil der Polen rückläufig, die der Auffassung sind, Deutschland trage dazu bei, die Krise in der Eurozone zu überwinden. Heute vertreten nur noch gut die Hälfte der Befragten (54%) diese Ansicht; vor zwei Jahren hingegen waren es noch zwei Drittel (66%). Und auch diesbezüglich wächst im Gegenzug die Gruppe der Unentschiedenen entsprechend stark (von 16% auf 25%).

In diesem Fall ist eine – wenn auch nur sehr geringe – Ausdifferenzierung der Antworten nach Parteipräferenz erkennbar. Unter den Anhängern der Partei Recht und Gerechtigkeit gibt es einen signifikant großen Anteil an Unentschiedenen (36%).

Abbildung 3.
Trägt Deutschland dazu bei, die Krise innerhalb der Eurozone zu überwinden, oder trägt es dazu bei, diese zu vertiefen? (in %)

Quelle: Zahlen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 2015, 2017.



Geteilt sind die Polen angesichts der Frage der Bewertung der deutschen Maßnahmen im Bereich der Flüchtlingspolitik. Fast gleich groß sind die Gruppen derer, die der Meinung sind, Deutschland trage dazu bei, diese Krise zu bewältigen (41%), und jener, die die Ansicht vertreten, Deutschland vertiefe diese Krise (39%). Die positiven Bewertungen überwiegen nur unwesentlich. Jeder fünfte Befragte (20%) ist in dieser Frage unentschieden.

Geteilter Meinung sind die Polen darüber, ob Deutschland zur Überwindung der Flüchtlingskrise beiträgt oder zu ihrer Vertiefung

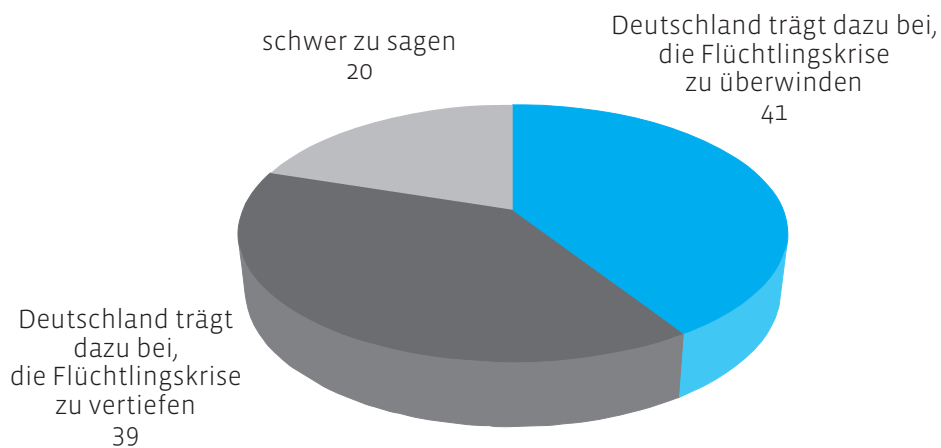


Abbildung 4. Trägt Deutschland dazu bei, die Flüchtlingskrise zu überwinden, oder trägt es dazu bei, die Flüchtlingskrise zu vertiefen? (in %)

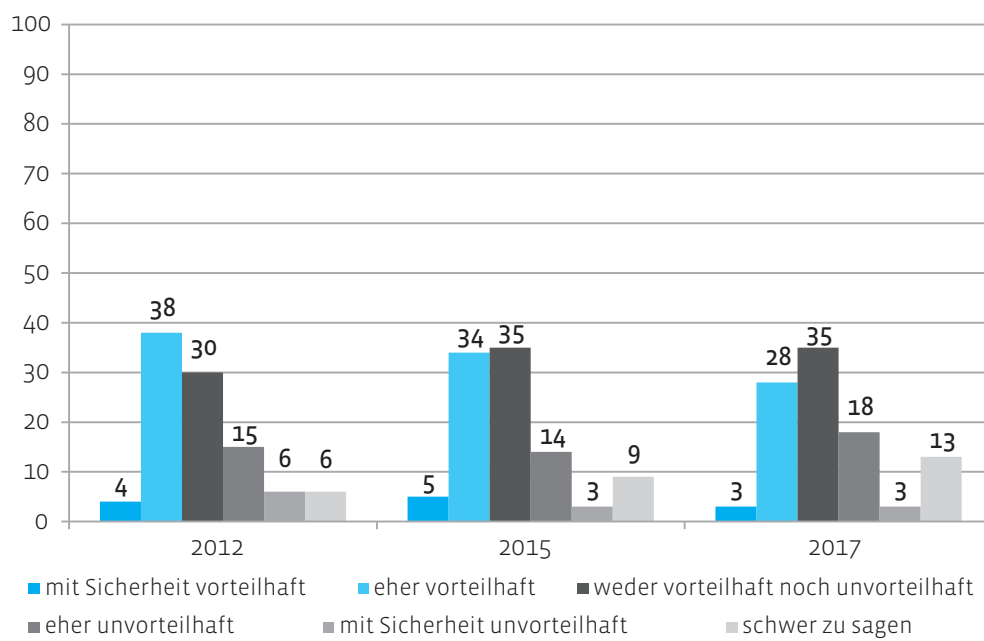
Quelle: Daten des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 2017.

Ebenso uneins sind die Polen in der Beantwortung der Frage, ob eine wachsende Bedeutung Deutschlands in Europa für ihr Land vorteilhaft wäre oder nicht. Die meisten Befragten (35%) gehen davon aus, dass dies weder vorteilhaft noch unvorteilhaft wäre. Somit ist an dieser Stelle der gleiche Wert wie im Jahr 2015 zu verzeichnen. Weniger als ein Drittel aller Polen (31%) vertritt die Ansicht, dass ein Bedeutungszuwachs Deutschlands gut für Polen wäre, womit diese Gruppe um zehn Prozentpunkte größer ist als die derjenigen, die meinen, dass es unvorteilhaft wäre (21%). Vor zwei Jahren war diese Differenz mehr als doppelt so groß (2015: 39% gegenüber 17%).

Die Polen sind geteilter Meinung darüber, ob eine Verstärkung der Position Deutschlands in Europa für ihr Land vorteilhaft wäre

Die Meinung, wonach ein erstarktes Deutschland von Vorteil für Polen wäre, wird relativ häufig von Personen geäußert, die die Europapolitik Deutschlands positiv bewerten. Auch von relativ vielen Anhängern der Partei Bürgerplattform wird diese Auffassung vertreten.

Abbildung 5.
 Wäre eine Verstärkung der
 Position Deutschlands in
 Europa vorteilhaft oder
 unvorteilhaft für Polen?
 (in %)





Die Umfragewerte, die Beurteilung des Zustands der deutsch-polnischen Beziehungen betreffend, erweisen sich im Vergleich mit den Ergebnissen der letzten Jahre als in etwa gleichbleibend. Ähnlich wie in den Jahren 2015 und 2016 bewerteten etwa zwei Drittel der Befragten (64%) die Beziehungen als „gut“ oder „sehr gut“, wobei dieser Wert im Vergleich zu 2016 um drei Prozentpunkte – und somit innerhalb des Rahmens der statistischen Fehlertoleranz – gefallen ist. Die Zahl der negativen Bewertungen indes ist konstant geblieben (2016: 19%; 2017: 18%). Die Gruppe der in dieser Frage Unentschiedenen ist etwas größer geworden.

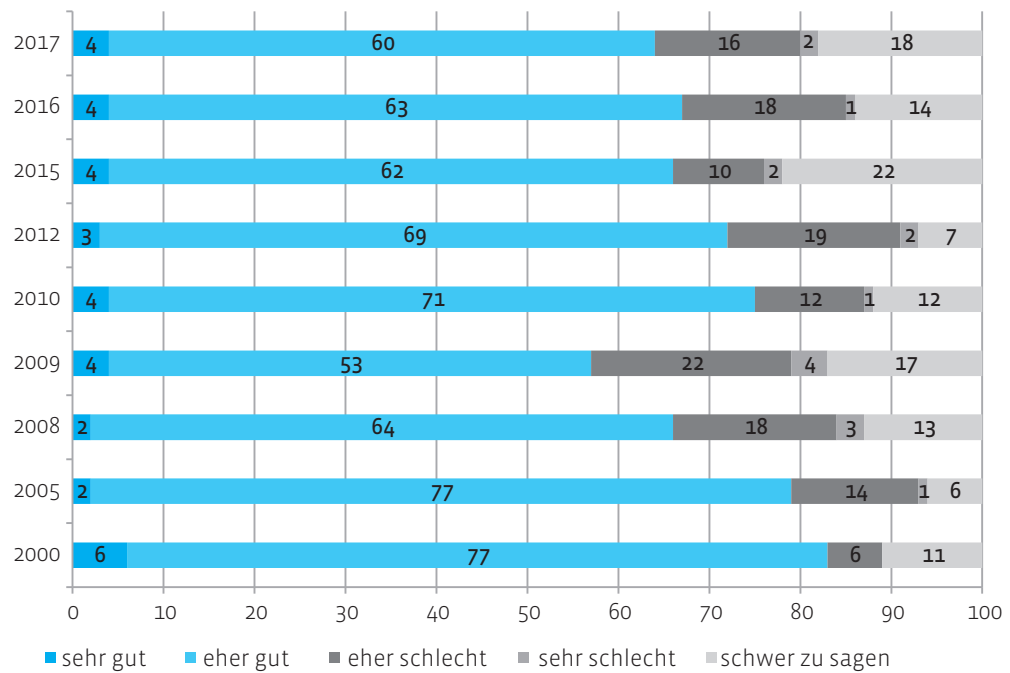
Etwa zwei Drittel der Polen beurteilen den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen als „gut“ oder „sehr gut“

Nicht als statistisch signifikant erwiesen hat sich im Zuge der vorliegend eingeholten Einschätzungen zum Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen das Alter der Befragten. Dies war in ähnlicher Weise bereits bei den Befragungen im Jahr 2016 festgestellt worden. Bei weiter zurückliegenden Befragungen, zuletzt im Jahr 2015, beurteilten die ältesten Befragten, d.h. jene, die noch Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg haben, den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen als „eher schlecht“. Dass sich dies so nun nicht mehr darstellt, beruht sicherlich zum einen auf der demografischen Entwicklung – unter den Befragten gibt es immer weniger Personen, die noch selbst tragische Kriegserfahrungen erleiden mussten. Zum anderen beruht der Wandel aber wohl auch darauf, dass die bilateralen Beziehungen immer mehr mit aktuellen Ereignissen in Verbindung gebracht werden, die gleichermaßen die Sichtweise aller Befragten beeinflussen.

Was den geografischen Faktor angeht, so werden die beiderseitigen Beziehungen von den Einwohnern Südwestpolens am positivsten beurteilt (74% der Befragten antworten mit „gut“ oder „sehr gut“). Dies ist möglicherweise auf die historischen Verbindungen dieser Region mit Deutschland zurückzuführen, aber bestimmt auch auf die intensiven gegenwärtigen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, die weit über den offiziell-politischen Bereich hinausgehen. Vergleichbare Tendenzen lassen sich hingegen bei Befragten aus dem polnischen Nordwesten nicht feststellen.

Abbildung 6.
Wie sind Ihrer Meinung
nach die gegenwärtigen
Beziehungen zwischen
Deutschland und Polen?
(in %)

Quelle: Daten des
Instituts für Öffentliche
Angelegenheiten, 2000,
2005, 2008, 2009, 2010,
2012, 2015, 2016, 2017.



Die Einschätzung des Zustands der deutsch-polnischen Beziehungen und die Meinungen zur deutschen Europapolitik stehen deutlich erkennbar in engem Zusammenhang. Polen, die die bilateralen Beziehungen als gut bewerten, haben zugleich auch eine positivere Einstellung gegenüber der deutschen Europapolitik. Und diese Gruppe der Befragten geht gleichfalls häufig davon aus, dass eine stärkere Position Deutschlands für Polen vorteilhaft wäre.

Gleichzeitig zeigt sich die polnische Gesellschaft uneinig in der Beantwortung der Frage, welches der beiden Länder von den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen mehr profitiert. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe (36%) ist der Ansicht, dass beide Länder gleichermaßen profitieren. Kaum weniger Personen (32%) vertreten hingegen die Meinung, Deutschland ziehe mehr Vorteile aus den Beziehungen, was eine merkliche Veränderung gegenüber dem Umfrageergebnis von 2015 bedeutet. Vor zwei Jahren waren noch 40 Prozent der Befragten von größeren Vorteilen für Deutschland überzeugt und bildeten damit die stärkste Gruppe. Schließlich folgt dahinter

Die größte Gruppe der Polen meint, dass beide Länder gleichermaßen von den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen profitieren

– wie bereits vor zwei Jahren – jene Gruppe der Befragten (14%), die der Meinung sind, Polen zöge einen größeren Nutzen aus den wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbarn. Ähnlich wie bei anderen Fragestellungen im Rahmen der vorliegenden Umfrage stieg auch hier der Anteil der Unentschiedenen (um 4%). Gleichzeitig geht aus einem Vergleich der Antworten klar hervor: Personen, die einen Vorteil in den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sehen (gleich, für welche Seite), bewerten die deutsch-polnischen Beziehungen positiver als jene, die keinen Vorteil für

irgendjemanden erkennen. Diese Letztgenannten beurteilen die Beziehungen sogar deutlich negativer.

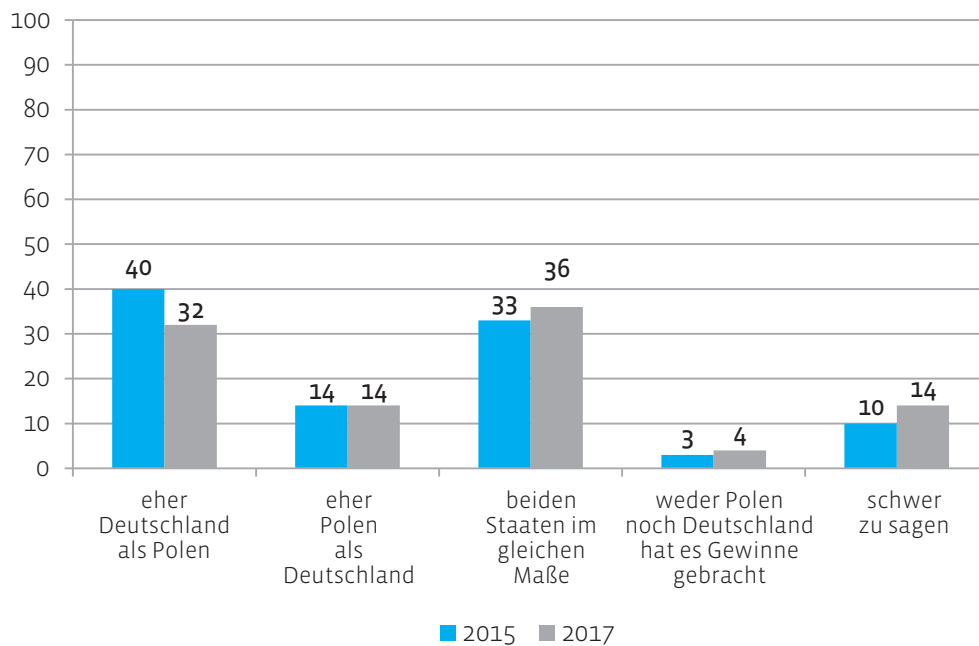


Abbildung 7. Wem haben die deutsch-polnischen Beziehungen während der vergangenen zehn Jahre im wirtschaftlichen Bereich Gewinne gebracht? (in %)

Quelle: Daten des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 2015, 2017.

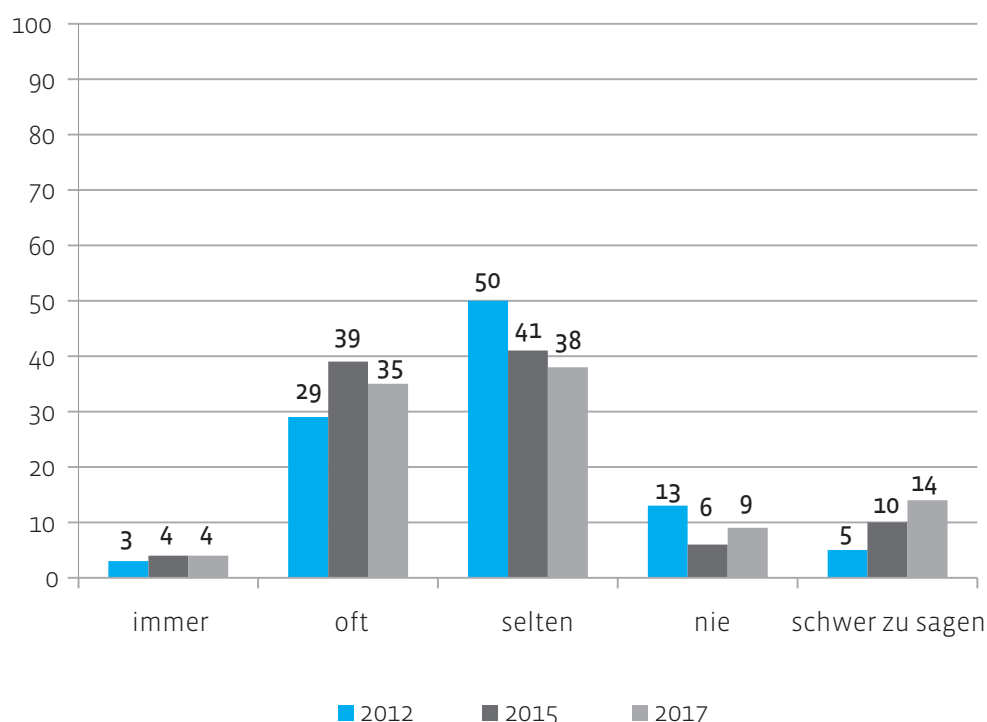
Geteilt sind die Ansichten auch angesichts der Frage, ob Deutschland Polen als gleichberechtigten Partner in der Europäischen Union akzeptiert. Seit Jahren überwiegt in diesem Kontext die Gruppe der Befragten, die der Meinung sind, Deutschland behandle Polen eher „selten“ bzw. „nie“ als gleichberechtigten Partner, die Gruppe jener, die der Überzeugung sind, Deutschland achte Polen dieserart „oft“ bzw. „immer“. Im Zuge der aktuellen Umfrage machen die Skeptiker in Sachen gleichberechtigter Behandlung (38% votieren „selten“, 9% „nie“) zusammen mit 47 Prozentpunkten fast die Hälfte der Befragten aus. Gegenteiliger Ansicht sind 39 Prozent der Befragten (35% stimmen für „oft“, 4% für „immer“). Im Vergleich zu den Ergebnissen von vor zwei Jahren hat sich zusammengenommen die Zahl derer, die eine gleichberechtigte Behandlung selten bis nie beobachtet, nicht verändert. Leicht angestiegen aber ist innerhalb dieses Lagers die Zahl derer, die eine gleichberechtigte Behandlung Polens nie beobachtet (von 6% auf 9%). Gesunken ist ferner seit 2015 die Zahl der Polen, die der Ansicht sind, eine gleichberechtigte Behandlung sei „oft“ zu beobachten (von 39% auf 35%).

Fast die Hälfte der Polen ist der Ansicht, dass Deutschland Polen nur „selten“ oder „nie“ als gleichberechtigten Partner in der Europäischen Union behandelt

Der Grad an Überzeugung, dass Deutschland Polen mit derart partnerschaftlichem Respekt begegnet, korreliert mit der allgemeinen Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen. Befragte, die den Zustand der bilateralen Beziehungen und die deutsche Europapolitik als gut einschätzen, sind auffallend häufig der Ansicht, dass Deutschland Polen

„immer“ oder „oft“ als gleichberechtigten Partner behandelt. Eine ähnliche Korrelation besteht mit den Einschätzungen bezüglich einer potentiellen Stärkung der Position Deutschlands in Europa und deren möglichen Auswirkungen für Polen. Jene Befragten, die von einer partnerschaftlichen Behandlung Polens durch Deutschland überzeugt sind, äußern häufig zugleich, dass ein starkes Deutschland vorteilhaft für Polen sei. Und viele dieser Befragten sehen Polen als den ökonomischen Nutznießer der deutsch-polnischen Beziehungen. Die Skeptiker bezüglich eines partnerschaftlichen Umgangs Deutschlands mit Polen gehen eher von Vorteilen für die deutsche Seite aus. Bezüglich der Parteipräferenzen ist zu erkennen, dass Anhänger der Bürgerplattform relativ häufig von einem partnerschaftlichen Umgang Deutschlands mit Polen überzeugt sind.

Abbildung 8.
Vertreter Polens und Deutschlands bekennen oft, beide Länder seien Partner in der EU. Sieht Deutschland Ihrer Meinung nach in Polen einen gleichberechtigten Partner in der Europäischen Union? (in %)



Als großes Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen benennen die Polen am häufigsten die unterschiedlichen Herangehensweisen bei der Lösung der Flüchtlingskrise (72%). Auf Rang zwei der Liste der Probleme folgen die Meinungsverschiedenheiten betreffend die Ostseepipeline Nord-Stream (69%). Platz drei belegt die Kritik deutscher Medien und Politiker an der derzeitigen polnischen PiS-Regierung, speziell wegen ihres Umgangs mit dem Verfassungsgericht und bezüglich anderer, die Demokratie in Polen beschneidender Maßnahmen (68%). Bemerkenswert ist, dass alle im Rahmen der Umfrage angegebenen Themen von mindestens der Hälfte der Befragten als Problem eingeschätzt werden. Hierzu zählen auch Fragen im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Vertreibungen (60%) sowie

bezüglich der Entschädigungsforderungen deutscher Vertriebener bzw. von deren Nachkommen (65%); Fragen, von denen man dachte, dass sie in den letzten Jahren an Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen verloren hätten.

Die sich aktuell aus der Befragung der Polen ergebende Rangfolge der Probleme unterscheidet sich – bis auf kleinere Verschiebungen – nicht wesentlich von den Ergebnissen im vergangenen Jahr. Allerdings ist die Zahl der Befragten, die die in Rede stehenden Themen als problematisch (oder sehr problematisch) einschätzen, allgemein deutlich angestiegen – in der Spitze um bis zu elf Prozentpunkte. Der höchste Anstieg im Vergleich zum Jahr 2016 ist beim Thema Vorurteile der Polen gegenüber den Deutschen zu verzeichnen (plus 11%), gefolgt von der antieuropäischen Einstellung der polnischen Regierung (plus 10%). Einen fast ebenso großen Anstieg gibt es bezüglich der Themenfelder Flüchtlingskrise und Entschädigungsforderungen (plus 9%). Doch auch die Meinungsverschiedenheiten betreffend die dauerhafte Stationierung von NATO-Einheiten in Polen, verbunden mit der Entscheidung des NATO-Gipfels zur Verstärkung der Ostflanke und den Fragen einer Entsendung auch deutscher Soldaten in diese Einheiten sowie einer deutschen Führung der NATO-Einheit in Litauen, wird verstärkt als deutsch-polnischer Konflikt wahrgenommen (plus 7%).

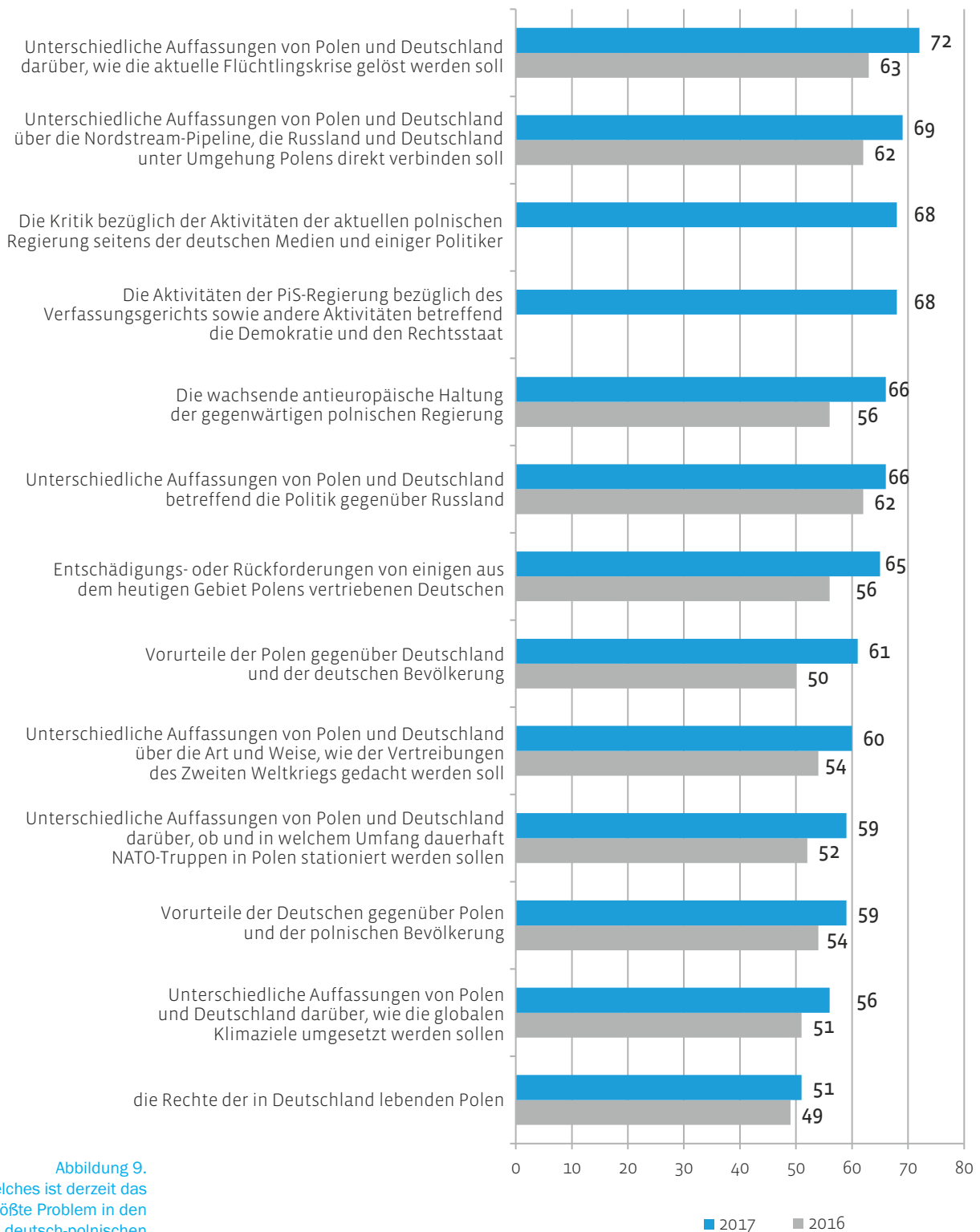
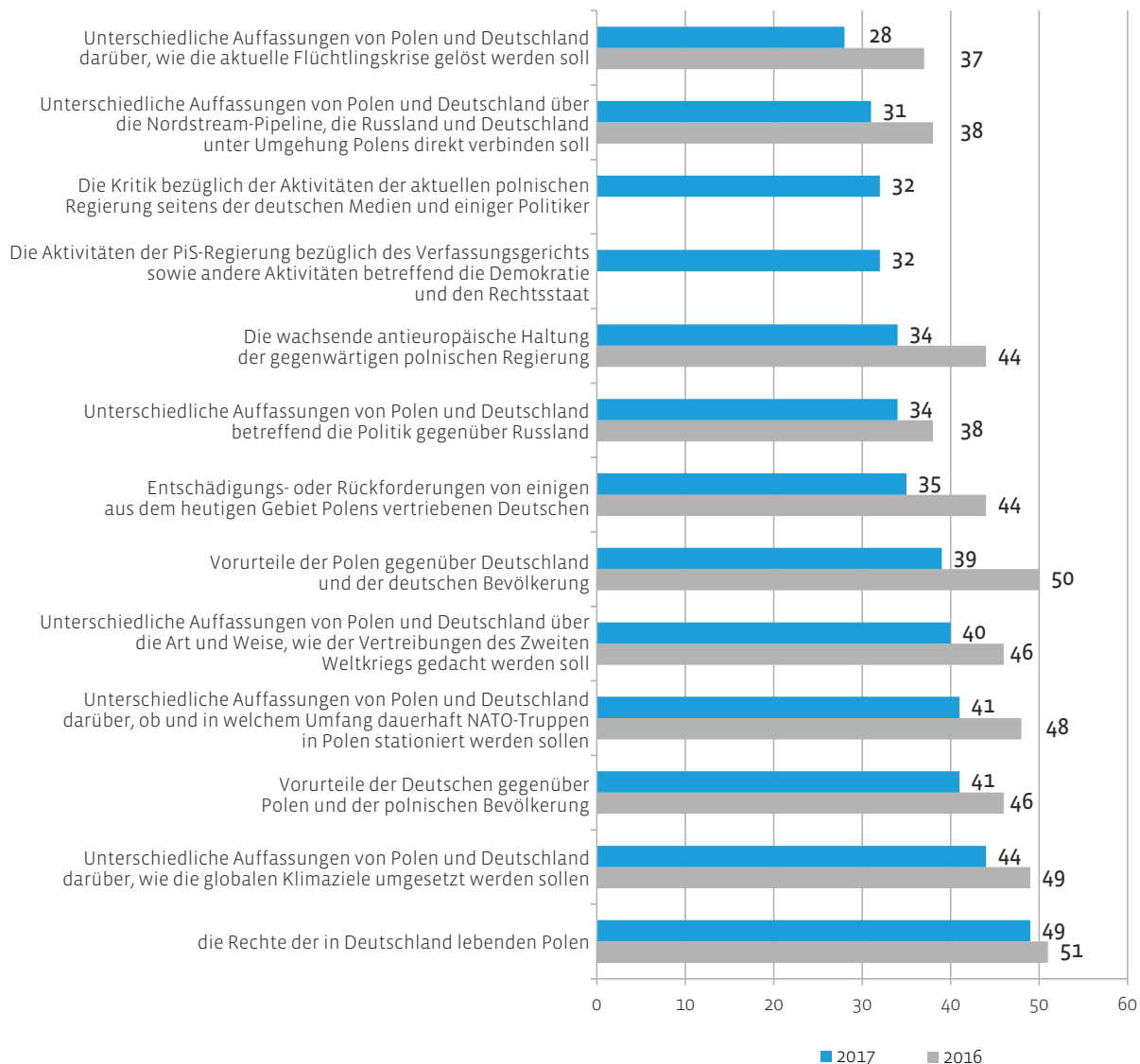


Abbildung 9. Welches ist derzeit das größte Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen? (in %) – Im Schaubild sind die Werte für die Antworten „ein großes Problem“ bzw. „ein Problem“ addiert.

Quelle: Daten des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 2016, 2017.

Die gestiegene Anzahl der Befragten, die ein gegebenes Thema der deutsch-polnischen Beziehungen als ein Problem ansehen, geht einher mit dem Rückgang der Anzahl der Personen, für die diese Themen unproblematisch sind. In diesem Fall ist somit keine Flucht in die Unentschiedenheit die Folge,

sondern man erkennt deutlich eine Verschlechterung des Meinungsklimas rund um die deutsch-polnischen Problemfelder. Immerhin sehen 17 Prozent der Befragten sämtliche gegebene Themen als problematisch an.



Personen, die mehr als die Hälfte der gegebenen Themen als Problem ansehen, bewerten die deutsch-polnischen Beziehungen häufig als schlecht, sind vom partnerschaftlichen Umgang der Deutschen mit Polen nicht überzeugt und betrachten eine starke Position Deutschlands als eher ungünstig für Polen.

Ferner hängt die Einschätzung des Zustands der deutsch-polnischen Beziehungen erkennbar auch vom Wohnort ab. Von den Bewohnern im Nordwesten Polens sehen überdurchschnittlich viele in den gegenseitigen Vorurteilen der Deutschen und der Polen ein Problem für die bilateralen Beziehungen. Für Bewohner des Südwestens stellen diese kein so großes

Abbildung 10. Welches ist derzeit das größte Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen? (in %) – Im Schaubild sind die Werte für die Antworten „kein großes Problem“ bzw. „gar kein Problem“ addiert.

Quelle: Daten des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 2016, 2017.

Problem dar. Auch weisen Bewohner aus dem Nordwesten des Landes auffallend häufig auf die problematische rechtliche Situation der Polen in Deutschland hin. Die Forderungen nach Entschädigungen bzw. der Rückerstattung von ehemaligem Besitz wiederum sehen sowohl Polen aus dem südlichen wie dem nördlichen Teil Westpolens häufig als Problem an. Und Personen aus dem Nordosten Polens bewerten ferner häufig den Bau der Ostseepipeline Nord-Stream als problematisch.

Das einzige Themenfeld, bei dessen Bewertung die politische Parteipräferenz eine merkliche Rolle spielt, ist das der antieuropäischen Haltung der derzeitigen polnischen Regierung, die besonders oft von Anhängern der Bürgerplattform als problematisch betrachtet wird. Bei den übrigen Fragen – darunter auch die Beschneidung der Demokratie durch die polnische Regierung und die deutsche Kritik daran – unterscheiden sich die Antworten nicht entlang parteipolitischer Präferenzen, obwohl diese Themen als Teil des polnischen öffentlichen Diskurses kontrovers debattiert werden. Auch zwischen der Anzahl der seitens der Befragten benannten Probleme und der politischen Parteipräferenz lässt sich keine Korrelation feststellen.

Gleichzeitig ist eine deutliche Mehrheit der Polen (58%) der Ansicht, dass ihr Land in den Beziehungen zu Deutschland Kompromissbereitschaft und den Willen zur Zusammenarbeit zeigen sollte. Deutlich weniger Befragte plädieren hingegen für eine harte Verteidigung der eigenen Interessen. Während sich die Zahl der Befürworter einer guten Zusammenarbeit im vergangenen Jahr nicht verändert hat, ist die Zahl der Personen gestiegen, für die der Kampf um die eigenen Interessen im Vordergrund steht. Die Ergebnisse der Umfrage sind dabei zugleich ganz andere als im Jahr 2005, als sich noch fast drei Viertel der Befragten (72%) für ein kompromissorientiertes Handeln aussprachen.

Ferner votieren für Beziehungen im Geiste einer guten Zusammenarbeit häufiger solche Personen, die die Europapolitik Deutschlands und die deutsch-polnischen Beziehungen positiv bewerten, als solche Befragte, die diese Themen negativ gewichten. Auch sehen relativ viele der positiv gestimmten Personen Polen durch ein starkes Deutschland eher im Vorteil und sind der Meinung, dass Polen von Deutschland partnerschaftlich behandelt wird.

Die Polen befürworten in den Beziehungen zu Deutschland mehrheitlich eine gute Zusammenarbeit statt einen harten Kampf um eigene Interessen

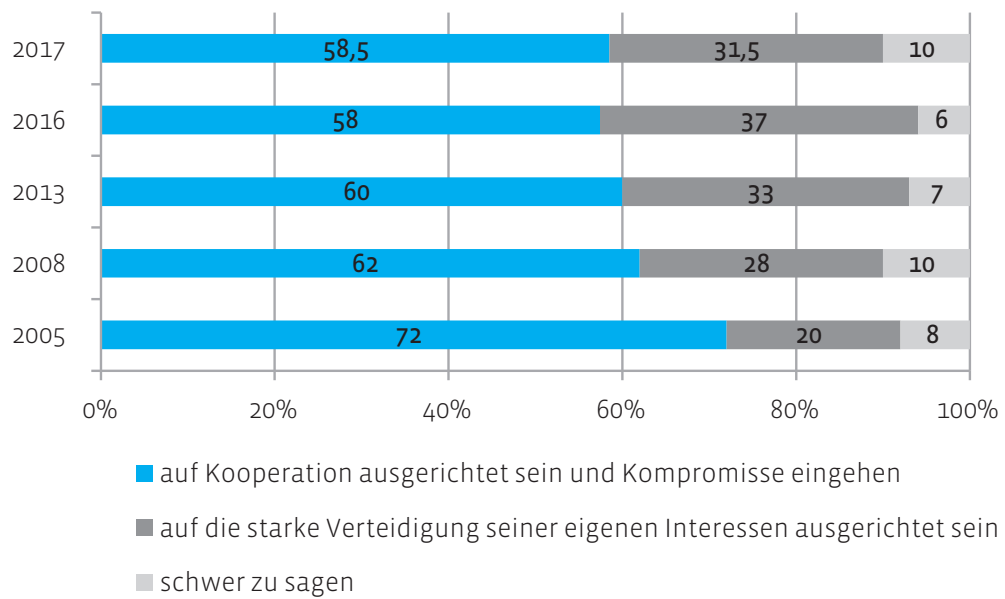
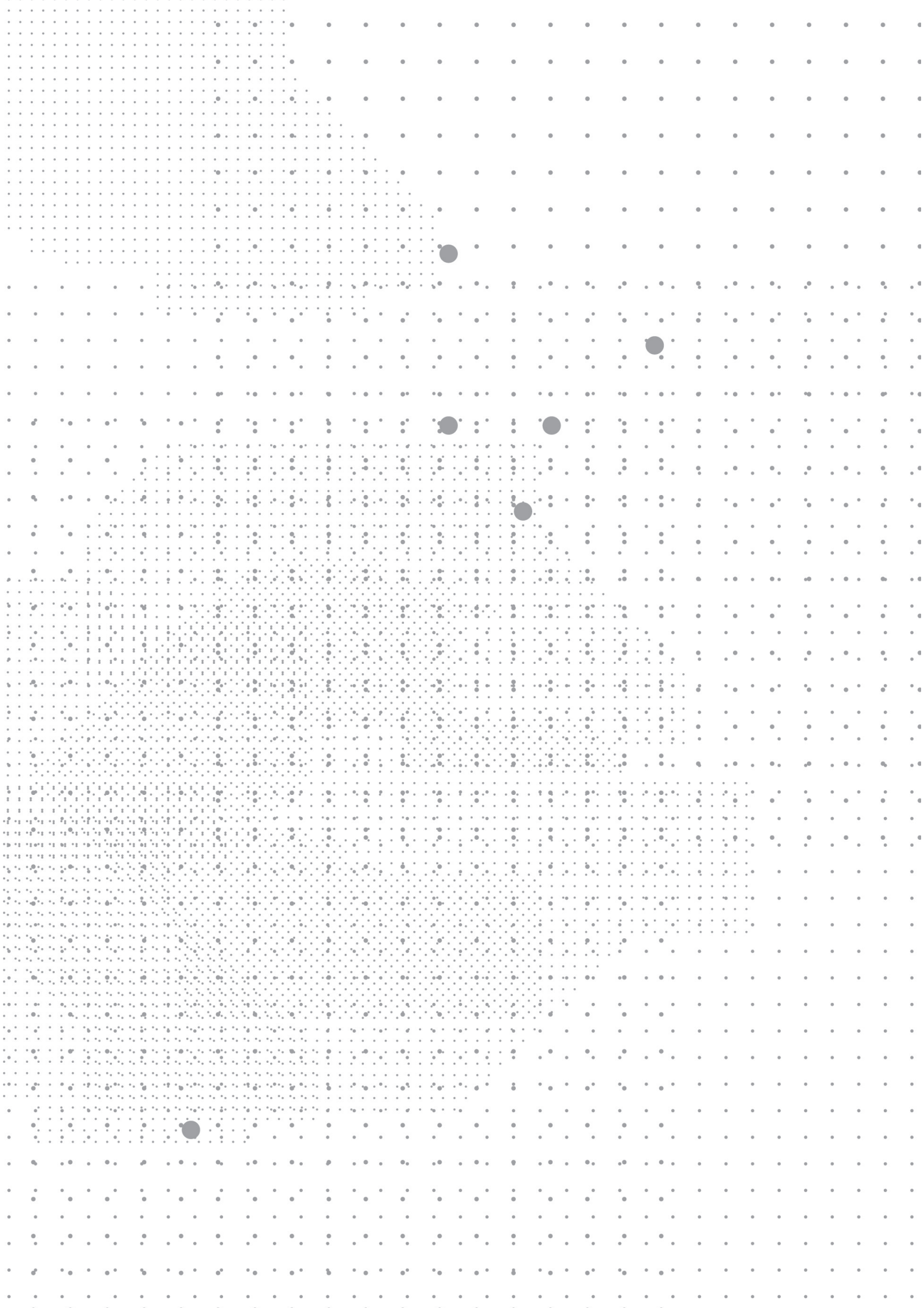


Abbildung 11.
 Polen sollte in seinen
 Beziehungen mit
 Deutschland in erster
 Linie... (in %)

Quelle: Daten des
 Instituts für Öffentliche
 Angelegenheiten, 2005,
 2008, 2013, 2015, 2017.





Seit Jahren ist Deutschland der Staat, der von den Befragten am häufigsten genannt wird, wenn es um die Frage geht, mit welchem Land Polen am engsten zusammenarbeiten sollte. Über die Jahre ist dieser Anteil allerdings leicht zurückgegangen und liegt heute bei 43 Prozent. Ein weitaus deutlicherer Rückgang in der Wertschätzung als Partner Polens ist in jüngster Zeit bezüglich der USA (um 13% niedriger) und Großbritannien (um 9% niedriger) zu verzeichnen – somit bezüglich zweier Länder, die bis dato als traditionell enge Verbündete angesehen wurden, auch und gerade von der derzeitigen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Die Analyse der politischen Situation im Kontext des sogenannten „Brexit“ hat viele Polen zu dem Schluss kommen lassen, dass Großbritanniens Bedeutung für die polnische Politik sinken wird. Im Fall der USA überrascht das Ausmaß des Rückgangs an Wertschätzung, wobei die westliche Supermacht aber im Ergebnis damit immer noch auf dem zweiten Platz im Ranking liegt. Trotz der Versicherungen seitens der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit, die USA seien immer noch der Schlüsselpartner Polens und blieben dies auch weiterhin, lässt das Vorgehen des neuen amerikanischen Präsidenten bei vielen Polen Zweifel aufkommen. Andererseits veranlassen die Stationierung amerikanischer Truppen in Polen und die traditionelle Verbundenheit beider Staaten immer noch ein gutes Viertel der Befragten, die Vereinigten Staaten weiterhin als wichtigen Partner anzusehen.

Hinsichtlich der Prozentanteile der weiteren aufgeführten Länder sind keine größeren Schwankungen zu erkennen. Die Bewertungen zweier seitens der derzeitigen polnischen Regierung als Schlüsselpartner betrachteter Länder – Tschechien und Ungarn – liegen, wie schon in früheren Umfragen, hinter Russland und ungefähr gleichauf mit Frankreich.

Darüber hinaus fällt auf, dass unter den Befragten, die für Deutschland votieren, ein großer Teil (41%) als zweite Option Russland als engen Partner befürwortet. Die Wahl Deutschlands als wichtigen Partner hingegen ist wiederum zugleich eng verknüpft mit der Befürwortung der deutschen Politik. Personen, die die Europapolitik Deutschlands positiv bewerten, geben doppelt so häufig Deutschland als wichtigen Partner an, als Personen mit einer negativen Haltung gegenüber der deutschen Politik. Die Befürwortung enger Beziehungen zu Deutschland hängt jedoch nicht mit den gesellschaftlich-demografischen Merkmalen der Befragten zusammen.

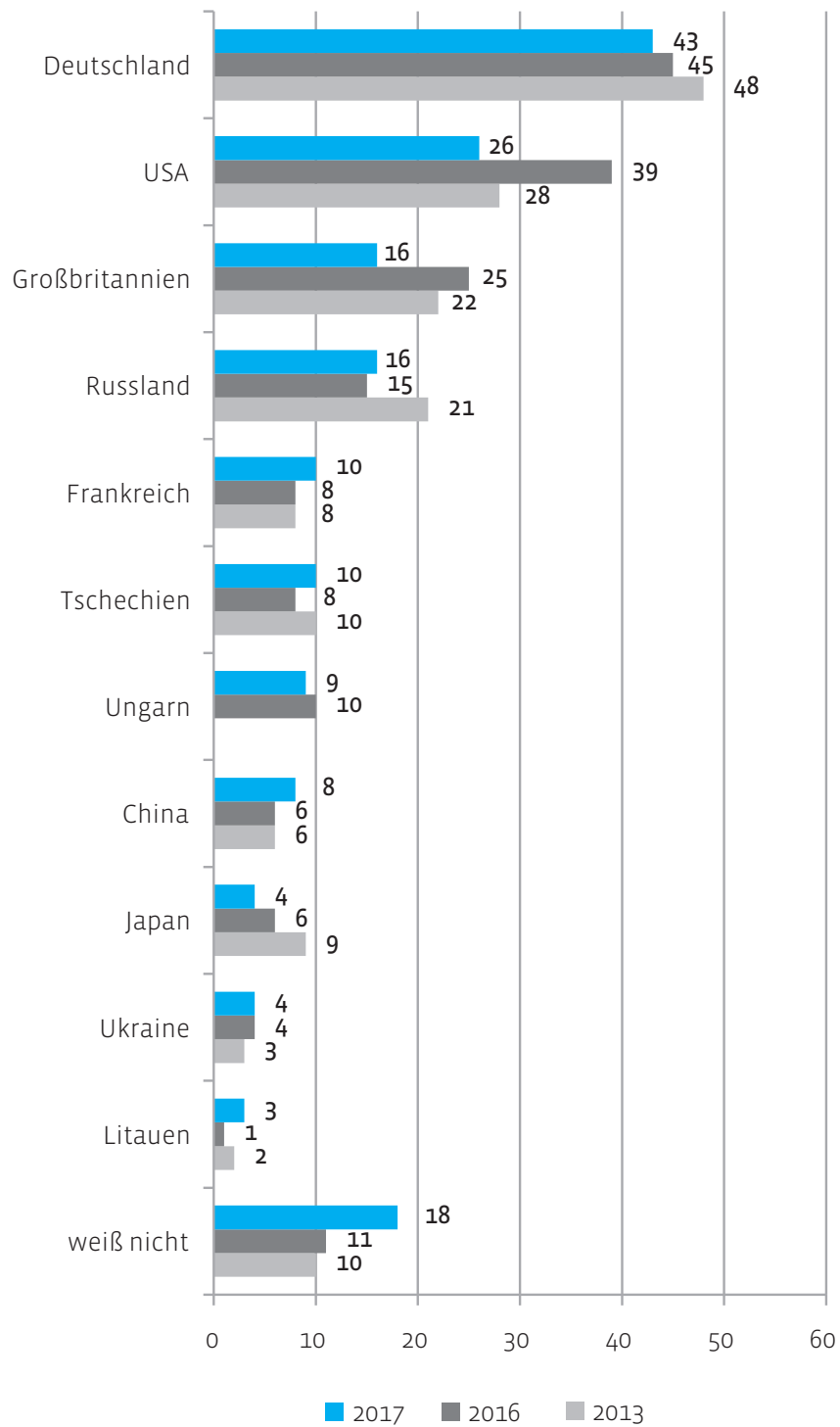


Abbildung 12.
Mit welchen der
folgenden Staaten sollte
Polen Ihrer Meinung
nach am stärksten
zusammenarbeiten? Bitte
geben Sie nicht mehr als
zwei Staaten an. (in %)

Quelle: Daten des
Instituts für Öffentliche
Angelegenheiten, 2013,
2016, 2017.
Die Befragten konnten
maximal zwei Länder aus
der Liste auswählen.



Die öffentliche Debatte in Polen über die Beziehungen zu Deutschland ist immer noch geprägt von den belastenden historischen Erfahrungen mit diesem Nachbarn, und von einer gewissen antideutschen Rhetorik von Teilen der polnischen Elite. So werden verschiedene Schreckensbilder immer wieder aktiviert. Die Annahme einer potentiellen militärischen Bedrohung durch Deutschland wird zwar immer hinfälliger in Zeiten, da Polen und Deutschland Bündnispartner sind, Deutschland sich aktuell an der Sicherung der sogenannten Ostflanke der NATO beteiligt und im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses Soldaten in Litauen stationiert hat. Aber angesichts der bedeutenden Position Deutschlands in der Europäischen Union und seiner ökonomischen Stärke ist die polnische Gesellschaft mit politischen und ökonomischen Bedrohungsszenarien mit Blick auf den westlichen Nachbarn stets leicht zu beunruhigen. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen aber, dass die antideutsche Rhetorik in dieser Frage keinen Einfluss auf die dazu diametral gegenläufigen Meinungen der Befragten hat.

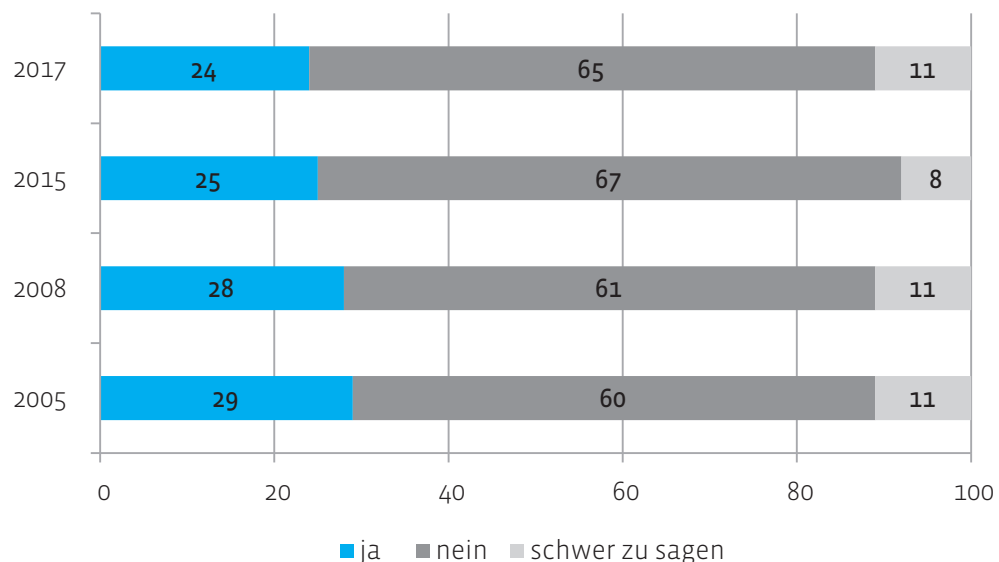
Mehr als siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellt Deutschland für zwei Drittel der Polen (65%) keine militärische Bedrohung dar. Ein knappes Viertel der Polen (24%) fürchtet sich weiterhin vor Deutschland und gut jeder zehnte Befragte (11%) ist sich unsicher. Diese Werte haben sich in den letzten beiden Jahren fast nicht verändert.

Zwei Drittel der Polen nehmen Deutschland nicht als militärische Bedrohung wahr

Die ältesten unter den Befragten äußern häufiger als der Durchschnitt, dass Deutschland gegenwärtig keine militärische Gefahr darstellt (74%), wodurch die Ergebnisse gleichsam abgesichert sind durch eine vergleichende Perspektive, die den Zeitraum mit einschließt, als Deutschland tatsächlich gegenüber Polen als Aggressor auftrat. Am wenigsten nehmen die Anhänger der Bürgerplattform Deutschland als Bedrohung wahr. Ein deutlich überdurchschnittliches Bedrohungsgefühl lässt sich unter den Befragten im polnischen Nordwesten konstatieren (33%).

Abbildung 13.
Denken Sie, dass
Deutschland in der Zukunft
für Polen eine militärische
Bedrohung darstellen
könnte? (in %)

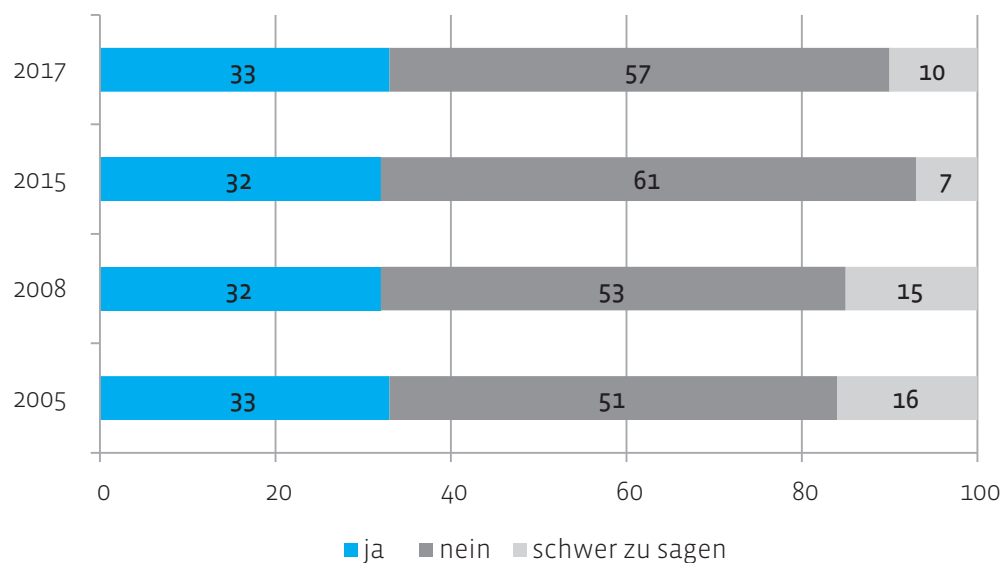
Quelle: Daten des
Instituts für Öffentliche
Angelegenheiten, 2005,
2008, 2013, 2015, 2017.



Auf etwa gleichbleibendem Niveau besteht Vertrauen seitens der Befragten, dass von Deutschland keine politische Gefahr für Polen ausgeht, wenngleich sich der Anteil seit dem Jahr 2015 um vier Prozentpunkte verringert hat (von 61% auf 57%). Ein Drittel der Befragten glaubt hingegen, dass solch eine Gefahr durchaus besteht. Nicht an eine solche Gefahr glauben zu einem hohen Anteil die Befragten in Polens Südwesten sowie Anhänger der Bürgerplattform.

Abbildung 14.
Denken Sie, dass
Deutschland in der Zukunft
für Polen eine politische
Bedrohung darstellen
könnte? (in %)

Quelle: Daten des
Instituts für Öffentliche
Angelegenheiten, 2005,
2008, 2013, 2015, 2017.



Eine relative Mehrheit der Polen (41%), doch somit weit weniger als die Hälfte der Befragten, geht von einer wirtschaftlichen Bedrohung durch Deutschland aus. Dieser Wert ist im Laufe der letzten zwei Jahre gesunken. Interessant daran ist, dass es – anders als es teils scharfe Kommentare in den Medien zu diesem Thema vermuten lassen – keine Korrelation gibt zwischen

einem ökonomischen Bedrohungsgefühl und der Ansicht, dass Deutschland aus den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen mehr Vorteile schlägt.

Die Bewohner nordwestlicher wie nordöstlicher Teile Polens glauben häufiger als der Durchschnitt der Befragten an eine wirtschaftliche Bedrohung durch Deutschland. Überdurchschnittlich viele Anhänger der Bürgerplattform sind von einer solchen Bedrohung hingegen nicht überzeugt.

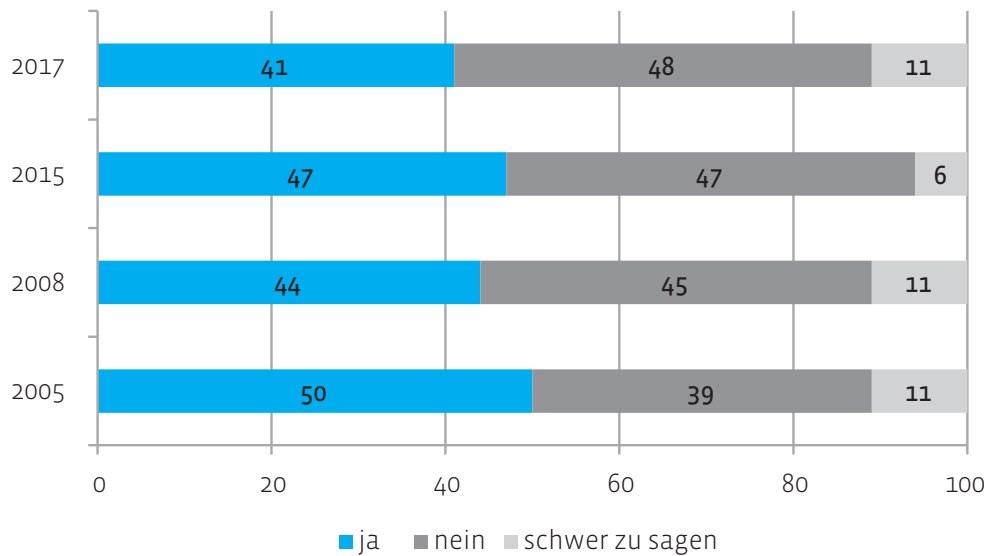


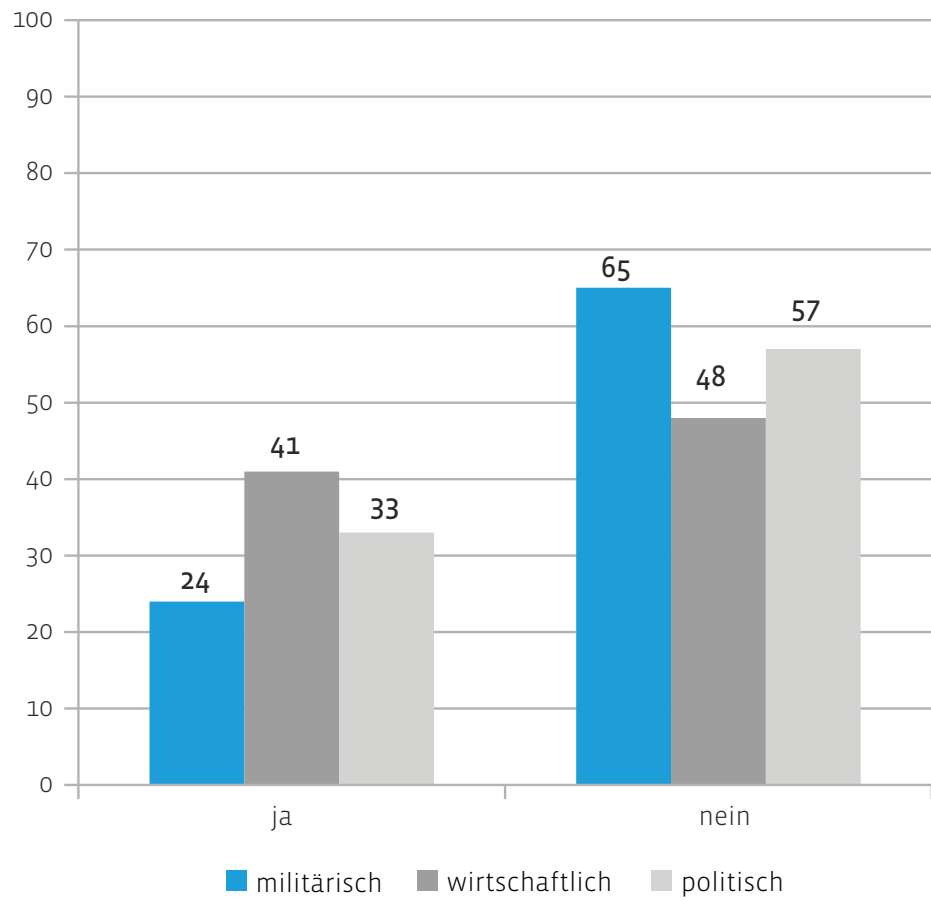
Abbildung 15. Denken Sie, dass Deutschland in der Zukunft für Polen eine wirtschaftliche Bedrohung darstellen könnte? (in %)

Quelle: Daten des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 2005, 2008, 2013, 2015, 2017.

Betrachtet man alle Ergebnisse zu den Fragen bezüglich der drei unterschiedlichen Bedrohungsszenarien in der Gesamtschau und zieht vergleichend Umfragen seit 2005 hinzu, so ist insgesamt ein Rückgang in Bezug auf ein Bedrohungsgefühl zu verzeichnen. Die größte Beunruhigung löst unter den Befragten nach wie vor die Furcht vor einer wirtschaftlichen Bedrohung durch Deutschland aus. Der Mittelwert für alle potentiell drohenden Szenarien liegt bei 18 Prozent der Befragten. Wie zu erwarten, sind diese Personen überdurchschnittlich häufig davon überzeugt, dass eine starke Position Deutschlands von Nachteil für Polen ist und dass der partnerschaftliche Umgang Deutschlands mit Polen zu wünschen übrig lässt.

Abbildung 16.
Könnte Deutschland in
der Zukunft für Polen eine
Bedrohung darstellen?
(in %)

Quelle: Daten des
Instituts für Öffentliche
Angelegenheiten, 2017.





Die vorgestellten Ergebnisse erlauben es, abschließend einige allgemeine Schlüsse zu ziehen und auf dominierende Tendenzen hinzuweisen.

Die Mehrheit der Polen schätzt die deutsche Politik und den Zustand der gegenseitigen Beziehungen positiv ein, wenngleich diesbezügliche Werte in den letzten zwei Jahren gesunken sind.

Zu einem nennenswerten Anstieg negativer Bekundungen ist es jedoch nicht gekommen bzw. allenfalls auf einem Niveau innerhalb der statistischen Fehlertoleranz (mit einer Ausnahme: den Einschätzungen zu den gegenseitigen Beziehungen; mehr dazu siehe unten). Verglichen mit den letzten Umfragen ist in der diesjährigen Ausgabe des deutsch-polnischen Barometers der flächendeckende Anstieg der Prozentanteile unentschiedener Antworten besonders augenfällig.

Zwar sind Fragen zu politischen Themen für die Befragten oft schwierig zu beantworten und generieren generell eine hohe Quote an unentschiedenen Antworten, doch der diesjährige Anstieg geht weit über die Grenzen der statistischen Fehlertoleranz hinaus. Die Polen zweifeln verstärkt, wie man Entwicklungen in der deutschen Politik und den deutsch-polnischen Beziehungen einschätzen soll. Ein Teil der Befragten scheut womöglich angesichts der derzeitigen Kompliziertheit der deutsch-polnischen Beziehungen klare Aussagen hierüber.

In der Situation einer sich verstärkenden antideutschen Rhetorik in Polen kann solche Zurückhaltung aber zukünftig auch leicht in Negativmeinungen umschlagen.

Die Beurteilungen der deutschen Europapolitik fallen gut aus; der Anteil der positiven Meinungen überwiegt.

Doch es ist unübersehbar, dass die guten Bewertungen in den vergangenen Jahren zahlreicher waren. Zur Verschlechterung des Meinungsbildes haben zweifellos die vielen deutschlandkritischen Stimmen seitens der polnischen Regierung und eines Teiles der Medien beigetragen. Immerhin ist die Meinung, dass eine stärkere Position Deutschlands in Europa für Polen Vorteile bedeute, immer noch zahlreicher vertreten als die gegenteilige Ansicht. Der große Anteil jener Befragten, die bei dieser Frage mit „weder Vor- noch Nachteile“ oder „schwer zu sagen“ antworten, weist allerdings erneut die herrschende Verunsicherung aus. Die einen sind sich darüber im Klaren, dass nur ein starkes Deutschland Polen weiterhin unterstützen kann. Die anderen glauben denen, die Deutschland als eine Bedrohung Polens darstellen. Nicht gerade überraschend – und nun im Zuge der vorliegenden Untersuchung bestätigt – sehen jene Befragte, die Deutschland als Bedrohung für Polen wahrnehmen, in einer starken Stellung Deutschlands Nachteile für Polen.

Gestiegen ist die Zahl der Polen, die sich nicht in der Lage fühlen, Bewertungen zur deutschen Politik und zu den deutsch-polnischen Beziehungen abzugeben

Die Einschätzungen betreffend den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen sind über die vergangenen Jahre hinweg stabil. Freilich sind die heutigen Zustimmungswerte weit entfernt von den hervorragenden Zahlen zurückliegender Jahre, etwa als Deutschland zur Zeit des Beitritts Polens zur Europäischen Union der wichtigste Begleiter auf diesem Weg war, der auch die gemeinsamen Beziehungen bestimmte. Bilaterale Probleme und verschiedene Standpunkte wurden damals in den Medien kaum thematisiert. Dennoch ist auch heute der Anteil an positiven Meinungen relativ hoch. Die Polen nehmen sicherlich die negativen Aussagen mancher Politiker und Kommentatoren wahr, aber ebenso die positiven. Und sie kommen somit alles in allem zu dem Schluss, dass es um die deutsch-polnischen Beziehungen gut bestellt ist, erst recht im Vergleich mit den teils turbulenten vergangenen Jahrzehnten. Darüber hinaus sehen viele Bürger die Dinge in einer weiteren Perspektive, die nicht nur die Politik und die offiziellen Beziehungen umfasst, sondern oft geprägt ist durch persönliche Erfahrungen. Hunderttausende Polen leben in Deutschland, es gibt touristische und wirtschaftliche Kontakte zwischen Städten und Gemeinden, Schulen und anderen Organisationen, die es den Polen erlauben, sich davon zu überzeugen, dass Kontakte und Zusammenarbeit in vielen Bereichen tadellos sind, manchmal sogar prächtig. Deshalb ist gegenwärtig die größte Gruppe der Befragten auch der Meinung, dass beide Seiten von den wirtschaftlichen Beziehungen profitieren. Trotz der in letzter Zeit in Polen zu vernehmenden Aussagen, dass Deutschland der große Gewinner der wirtschaftlichen Beziehungen sei, sank der Anteil an Befragten, die diese Ansicht teilen, so dass diese Auffassung inzwischen nicht mehr mehrheitlich vertreten wird. Außerdem besteht kein Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung einer wirtschaftlichen Bedrohung durch Deutschland und der Ansicht, dass Deutschland größere wirtschaftliche Vorteile aus den gegenseitigen Beziehungen ziehe. Das bedeutet aber nicht, dass die Polen mehrheitlich von einer partnerschaftlichen Behandlung durch Deutschland überzeugt sind. Vielmehr vertritt die größte Gruppe die Ansicht, Deutschland achte Polen selten oder nie als gleichberechtigten Partner. Andererseits wiederum ist der Anteil der Befragten, die überzeugt sind, Deutschland lege doch Wert auf eine gleichberechtigte Behandlung Polens, gleichfalls nicht besonders gering.

Kaum überraschend ist festzustellen, dass sich die von den Befragten benannte Rangfolge der Probleme in den Beziehungen zu Deutschland im Vergleich zum Vorjahr nur wenig verändert hat. Denn diesbezüglich üben sowohl das Regierungshandeln als auch die Rhetorik in den Medien einen großen Einfluss auf das Meinungsbild in der breiten Bevölkerung aus. Und es ist zu beobachten, dass sich dies im vergangenen Jahr generell wenig verändert hat. Dass dennoch bisweilen eine unterschiedliche Atmosphäre herrschte – wie etwa einerseits eine kritische Haltung gegenüber Deutschland, dann wiederum andererseits ein freundlicher Empfang für Bundeskanzlerin Merkel

in Warschau – hat binnen Jahresfrist nichts an der Sicht auf die allgemeinen Probleme geändert. Der allgemeine Anstieg der Zahl jener Befragten (teilweise bis zu 11 % mehr), die überhaupt bestimmte Themen als Problem ansehen, steht hingegen im klaren Zusammenhang mit dem zu beobachtenden Rückgang positiver Einschätzungen der deutschen Politik auch in anderen Bereichen. Interessant ist, dass sich im Vergleich zum Jahr 2016 speziell der Anteil derer deutlich erhöht hat (plus 11 %), die die Voreingenommenheit der Polen gegenüber Deutschland als Problem oder großes Problem bewerten. Ebenfalls deutlich gestiegenen (plus 9%) sind die Umfragewerte bei der Einschätzung, dass die antieuropäische Haltung der polnischen Regierung ein Problem darstellt.

Trotz des erwähnten Rückgangs der Umfragewerte in Bezug auf manche positiven Bewertungen und eines größeren Zuspruchs bezüglich der Einschätzung, dass ein gegebenes Thema ein Problem für die deutsch-polnischen Beziehungen darstellt, ist festzuhalten, dass sich die Polen vor den Deutschen nicht fürchten. Der Anteil der Befragten, die Deutschland als Bedrohung wahrnehmen, ist gering. Sogar das Bedrohungsgefühl angesichts einer wirtschaftlichen Dominanz Deutschlands ist in jüngster Zeit zurückgegangen, obwohl in Polen speziell zu diesem Thema in den letzten Monaten einiges zu hören und zu lesen war.

Betrachtet man die Antworten der Befragten zu bestimmten Themen in der Zusammenschau, so fällt eine wenig überraschende Tendenz auf: Im Allgemeinen ist die positive Beurteilung des Zustands der deutsch-polnischen Beziehungen an die positiven Meinungen zum Thema deutsche Europapolitik gekoppelt. Auch die Auffassung, dass eine stärkere Stellung Deutschlands in Europa für Polen vorteilhaft ist, korreliert stark mit der guten Bewertung der deutschen Europapolitik. Personen wiederum, die Vorteile in den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen erkennen (gleich, für welches Land), bewerten die deutsch-polnischen Beziehungen als besser als jene, die keinerlei Vorteile für irgendjemand ausmachen. Somit zeigt sich vorliegend eine Spaltung, wie sie allgemein in der heutigen polnischen Gesellschaft anhand vieler Beispiele festzustellen ist.

Ein wichtiges Ergebnis der gesamten Studie ist, dass **die politische Parteipräferenz der Befragten keinen signifikanten Einfluss auf deren Antworten hat**. Die oben erwähnten Abweichungen sind Ausnahmen von dieser allgemeinen Tendenz. Trotz der tiefen politischen Polarisierung der polnischen Gesellschaft scheinen die Standpunkte zum Thema Deutschland nicht so unversöhnlich zu sein, wie es der öffentliche Diskurs vermuten lässt. Zwar haben die Anhänger der Bürgerplattform in einigen Fällen eine überdurchschnittlich positive Haltung zur deutschen Politik. Die Anhänger

Die politische Parteipräferenz der Befragten hat keinen signifikanten Einfluss auf deren Antworten

der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit heben sich jedoch in ihren Antworten nicht signifikant von diesen ab.

Alle diejenigen, denen an einer positiven Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen gelegen ist, fragen sich nun womöglich, **was passieren muss, damit die Meinungen der Polen bezüglich Deutschland und zum gemeinsamen Verhältnis nicht ins Negative kippen**. Die Antwort hierzu liegt auf der Hand: Zu einer solchen Verschlechterung wird es dann nicht kommen, wenn der bisher positive Zustand der Beziehungen beständig gepflegt wird und sich beide Seiten klar darum bemühen, verschiedene derzeit bestehende Probleme gemeinsam anzugehen. Die Ergebnisse dieser Studie spiegeln nicht nur einen Sachstand wider, sondern sind auch oder gerade der Ausdruck von Wahrnehmungen zu bestimmten Fragen. Daher sollte man nicht nur den tatsächlichen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen im Blick haben, sondern auch deren Wahrnehmung in der Gesellschaft. In den vergangenen Monaten – dies zeigen die Ergebnisse dieser Studie deutlich – haben widersprüchliche Signale die Wahrnehmung des deutsch-polnischen Verhältnisses sehr beeinflusst. Nicht nur für den hier untersuchten Bereich gilt, dass Bürgerinnen und Bürger solche Signale umso besser einordnen können, je mehr sie über persönliche Erfahrungen und Wissen auf einem Gebiet verfügen. Deshalb muss an dieser Stelle erneut die Bedeutung der vielfältigen deutsch-polnischen Begegnungen unterstrichen werden, die dem gegenseitigen Kennenlernen bzw. dem gemeinsamen Austausch dienen, und dies möglichst auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Demzufolge kann jeder Einzelne, dem an einer Verbesserung der Beziehungen und ihrer Wahrnehmung liegt, etwas dazu beitragen, und jede Institution, die über diesbezügliche Mittel verfügt, sollte nicht zögern, diese einzusetzen. Ferner ist es offenkundig und es kann nicht zu oft betont werden, dass die Bereitstellung zuverlässiger Informationen und seriöser Studien zu diesem Thema unabdingbar ist. Investitionen in gründlich recherchierte journalistische, wissenschaftliche und publizistische Texte und Informationsmaterialien sowie landeskundliche Broschüren über das jeweils andere Land für alle Altersgruppen und sozialen Schichten lohnen sich, auch wenn der Nutzen nicht direkt messbar ist. Ferner sind gemeinsame Projekte zu kontroversen Themen ebenso wichtig wie Projekte zu Themen, die man schon für ausreichend bearbeitet hielt, weil gerade gute Erfahrungen und positive Beispiele leicht in Vergessenheit geraten. Und es gilt, herauszukommen aus der Spirale gegenseitiger Beschuldigungen und der alleinigen Betonung der Fehler des Nachbarn sowie aus der Spirale der Ignoranz und des Abwendens, wenn es beim Nachbarn nicht so gut läuft. Konstruktive Kritik und Verweise auf Fehler sind in soliden Beziehungen nichts Verwerfliches; sie zeugen eher von Reife. Ein fatales Zeichen für den Zustand der Beziehungen sind affektive Reaktionen auf Kritik, aber auch unsachliches und von Unkenntnis getragenes Kritisieren. Solche Dinge gilt es auf beiden Seiten zu vermeiden, denn sie schaden einer gemeinsamen konstruktiven Zusammenarbeit. Und eine gute deutsch-polnische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union ist heute besonders notwendig.



Dr. Agnieszka Łada – Leiterin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Studium der Politikwissenschaft in Warschau und Berlin sowie Aufbaustudium in Organisationspsychologie in Dortmund und Executive Master for Public Administration an der Hertie School of Governance. *Visiting fellow* am Brüsseler European Policy Centre (2011), *visiting research fellow* an der University of Sussex (2012), *visiting Scholar* am Alfred von Oppenheim Centre for European Policy Studies, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (2013), *visiting researcher* bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (2016/2017), Vorstandsvorsitzende der Policy Association for an Open Society PASOS (2011-2012), Ratsmitglied des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (2011-2016), sowie des Aufsichtsrates der Stiftung Kreisau und Mitglied der Kopernikus-Gruppe. Spezialisierung auf folgende Bereiche: Deutschland und deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen, EU-Institutionen.

